

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Vertheilung für 1895 unter Nr. 7129.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Beleg- und Besondereinlagen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zu Beginn eines neuen Monats richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgeboten; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland, mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Kirchhofes hergestellt werden, damit sie ungestört ihre gemeinschädliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage, die jetzt in der Kommission sich abspielen, bald aber im Plenum stattfinden werden, sind von ganz besonderer Wichtigkeit. Unter diesen Umständen ist es doppelt notwendig, daß die Parteigenossen sich in dem Zentralorgan der Partei über alle Vorkommnisse aufs genaueste unterrichten, und daß sie dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ immer weiter verbreitet wird. Je größer die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. März eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.
Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von **1,10 M. für den Monat März** entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7129.)

In unserem Feuilleton wollen wir im Monat März eine Erzählung aus dem Leben: „Zu Tode geht“, von Franz Held, veröffentlichen. Diese Erzählung beruht durchweg auf gerichtlichen Akten, die von uns dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden sind, und sie zeigt, wie heute der, welcher von seinem Rechte nicht weicht, in Form Rechts zu Grunde gerichtet werden kann.

Nach Schluß von: Zu Tode geht! beabsichtigen wir den früher angekündigten Roman, die Berliner Märzereignisse des Jahres 1848 behandelnd, zu veröffentlichen.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt südamerikanischer Geschichte.

Frau Concepcion befand sich in dem Dorort La Santissima Trinidad, die ungefähr zwei Leguas von Asuncion entfernt liegt, ein Landhaus, das sie von ihrer Mutter geerbt hatte. Hierher hatte man Silvano Godoy gebracht, als er transportfähig war, und keine Gefahr mehr lief. Er war dort jedenfalls sicherer als in der Stadt, und außerdem war der Aufenthalt in dem verborgenen Landhaus, das mitten in einer großen hier und da mit Buschwerk bestandenen Kampflücke lag, gesundheitlich der staubigen Hauptstadt vorzuziehen. Er begann schon ab und zu davon zu sprechen, seinen Bruder aufsuchen zu müssen, von dem er gehört habe, daß er sich noch mit den Resten der alten Revolutionstruppe in Buenos Aires aufhalte, aber die beiden Frauen wollten noch nichts davon wissen. Denn er war zu der weiten Reise, die bis an den Parana zu Pferde auf grundlosen Pfaden zu machen war, da er die stromab gehenden Dampfer der Gefahr, gefangen genommen zu werden, wegen nicht benutzen konnte, noch zu schwach. Er sah bleich und blutleer aus, und seine Wangen hatten noch immer ihre frühere Farbe nicht wiedergewonnen. Nach Barrero Grande zurückzukehren war ebenso wenig möglich; denn die Regierung hatte nach der Revolution ein

Ein vergessener Vorkämpfer der Frauenrechte.

Die moderne Frauenbewegung — unter Bewegung einen planmäßigen organisierten Kampf ums Recht verstanden — begann in den Vereinigten Staaten von Nordamerika um das Jahr 1848. In Deutschland kann aber von einer solchen Bewegung erst seit den 70er Jahren geredet werden. Das Buch Bebel's entstand in seiner ersten Gestalt in der zweiten Hälfte des Jahres 1874.

Nun haben wir dieser Tage von einer Schrift Kenntnis erhalten, die schon im Jahr 1869 die völlige politische und rechtliche Gleichstellung der Frau fordert und diese Forderung eingehend begründet. Die Schrift betitelt sich:

Zur rechtlichen Stellung der Frauen, von Ludwig Wachler, Kreisrichter, Breslau, Verlag von Maruschke und Verendt, 1869.

Der Verfasser leitet seine Schrift also ein:

Eine derjenigen Fragen, welche in neuester Zeit nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, ist die über die Stellung der Frauen, welche in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Beziehung — im Staat, Gemeinde und Kirche — eine wesentlich verschiedene und zurückstehende gegen das männliche Geschlecht ist. Es fehlt, um nur einiges hervorzuheben, dem weiblichen Geschlecht an aktivem und passivem Wahlrecht, an der Fähigkeit zum Geschworenentum, zum Ehrenbürgerrecht, zur Mitgliedschaft in politischen Vereinen, zur Standhaftigkeit; noch sind ihnen sämtliche Fakultäten und viele Gewerbe verschlossen; noch ist der Kreis der Berufsarten und der Erwerbsmittel des weiblichen Geschlechts ein sehr beschränkter. Schon das bürgerliche öffentliche Recht sah das Weib als das schwächere und deshalb weniger berechnete an; es legte dem männlichen Geschlecht eine größere Würde bei und erachtete jenes durch die Sitten der Vorfahren und die dem weiblichen Geschlecht angeborene Schamhaftigkeit für verhindert, an den Aemtern (officis) der Männer teilzunehmen. Im Mittelalter nahm die Frau überhaupt eine untergeordnete Stellung im öffentlichen Leben ein; man besang und liebte sie. Das war alles, während die alten Germanen die Frauen sogar zu ihren Beratungen zugelassen haben sollen. Noch Hegel findet nur in der Ehe die Bestimmung des Mädchens und erachtet das Weib für Philosophie und höhere Wissenschaften nicht für geschaffen. Auf der anderen Seite erblickt man darin eine Einseitigkeit der Anschauung, da die geistigen Entwicklungsstadien für beide Geschlechter dieselben sind und Frauen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Kunst und Wissenschaft Bedeutendes geleistet haben. Noch schwert der Kampf in voller Heftigkeit. Hier tritt hauptsächlich die Familie, die Macht des Herkommens und die Frauenwürde in den Vordergrund; dort neben diesem das Streben nach Vervollkommen der geistigen und körperlichen Anlagen durch ein verbessertes System der weiblichen Erziehung, nach neuen Erwerbsgebieten, neuer Thätigkeit und demzufolge anderer sozialer Stellung. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß aus diesem Kampfe die letztere Partei, wenn sie mit Muth der Körperkraft und dem weiblichen Sinn Rechnung tragend, und der weiblichen Würde gemäß vorschreitet, Siegerin bleiben wird.

Von anderer kompetenter Seite ist bereits mehrfach die Stellung der Frauen in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Beziehung eingehend beleuchtet worden, so daß es mir nicht zu stehen würde, darauf nochmals zurückzukommen. Wenn aber in den Schriften über die Frauenfrage theilweise ausgeführt wird,

daß die wesentliche Gleichheit der persönlichen Freiheit beider Geschlechter angenommen werden muß und diesem Grundgedanken der Rechtsgleichheit auch die wesentlichsten Bestimmungen des heutigen bürgerlichen Rechts in Deutschland entsprechen und in Beziehung auf die privatrechtliche Stellung der Frauen nur noch wenig zu thun übrig bleibt, so schien es nicht ganz vergebliche Mühe, dieses angeblich Wenige einmal kurz zusammenzufassen und hervorzuheben, in welchen Punkten die tatsächliche Rechtsgleichheit beider Geschlechter noch nicht durchgeführt und inwiefern diese Rechtungleichheit gerechtfertigt ist. Als ein geringes Scherflein zur Abtragung einer alten Schuld gegen das andere Geschlecht sollen demnach die folgenden Bemerkungen dienen.

Es folgt nun die Aufzählung aller der Rechtungleichheiten, unter denen das weibliche Geschlecht zu leiden hat. Im Verlauf der Ausführungen heißt es:

In Bezug auf die Rechtsfähigkeit spricht das allgemeine Landrecht die Gleichstellung beider Geschlechter im Prinzip aus. Nach § 22 der Einleitung verbinden die Gesetze des Staates alle Mitglieder desselben ohne Unterschied des Standes, Ranges und Geschlechts, und der § 24 tit. 1, Th. I bestimmt ausdrücklich:

Die Rechte beider Geschlechter sind einander gleich, soweit nicht durch besondere Gesetze oder rechtsgiltige Willenserklärungen Ausnahmen bestimmt werden.

Es läßt sich nun auch nicht verkennen, daß die Rechtsfähigkeit der Frauen in wesentlichen durchgeföhrt ist, daß z. B. das altpreussische Recht einen einschuldigen Rechtsirrtum der Frauen, eine Geschlechtsverminderung, einen verheirateten Mündigkeitstermin, eine verschiedene Testamentsfähigkeit und Uebereignung der Minderjährigen nicht kennt. Andererseits ist aber das Prinzip so vielfach durchlöchert, daß eine Menge von gesetzlichen Ausnahmen geblieben sind. Einige derselben sind in neuerer Zeit wieder gefallen, an der Beseitigung anderer wird von vielen Seiten gewirkt. Noch aber fehlt es auch in dieser Richtung an einer Verwirklichung des Art. 4 der Verfassungsurkunde:

Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich. Durch das allgemeine Landrecht zieht sich nämlich wie ein roter Faden die Fiktion der Hilfsbedürftigkeit des weiblichen Geschlechts, ebenso wie im römischen Recht, nur daß jenes bei der Ehefolge der Ehegatten der Innigkeit des ehelichen Verhältnisses mehr Rechnung trug, als dieses. Dies zeigt sich zunächst in den Beschränkungen der Bürgerschaften und anderen Interzessionen der Frauenspersonen.

Die Verfasser des allgemeinen Landrechts sagen in ihren Motiven ausdrücklich zur Rechtfertigung derselben:

Die Lehre des römischen Rechts von den Bürgerschaften der Frauenspersonen, nach welcher dieselben nicht nur für unguiltig, sondern sogar für unerlaubt erklärt worden, ist bekanntermaßen in neueren Zeiten sehr angefochten worden. Es steht auch nicht zu leugnen, daß diese Vorschriften so, wie sie besonders nach den Erläuterungen einiger angelegener Ausleger und einem hergebrachten Gerichtsgebrauch gemeinlich angewendet und behandelt werden, größtentheils in leere Formalitäten anklangen, unter deren Schutz viel Betrügereien vorkamen; sowie man auf der anderen Seite hinreichend gewarnt ist, Schlupfwinkel zu erfinden, durch welche der ganze Zweck des Gesetzes vereitelt wird. In der Sache selbst wird doch schwerlich geleugnet werden können, daß bei dem anderen Geschlecht, im ganzen genommen, ein höheres Uebergewicht von Sinnlichkeit obwaltet, vermöge dessen gegenwärtige Eindrücke auf solches mit einer solchen Lebhaftigkeit wirken, daß die Idee entfernter und bloß möglicher Folgen dadurch mehr ins Dunkel gestellt wird, als nach den Regeln der Ueberlegung gesehen sollte! Es liegt also gewiß nichts Unbilliges darin, wenn

Piket Soldaten dorthin verlegt, die diesmal bei den erschreckten Bewohnern keinen Widerstand gefunden hatten, und die ihn gewiß sofort ergriffen hätten, sowie sie ihn zu Gesicht bekommen.

So verstrichen ihm die Tage in einer Art angenehmen Nichtstuns; denn die beiden Damen kamen fast täglich, wenn das Wetter es erlaubte, begleitet von ihrer alten Regerin, nach dem Landhaus hinausgeritten, um ihm Gesellschaft zu leisten. Mit Silvano war, seitdem er von seinem Krankenlager aufgestanden war, eine gewisse Umwandlung in seinem Charakter vorgegangen. Er war schener und stiller geworden, als er früher gewesen und hing gern stillen Gedanken nach. Um so lebhafter waren die beiden Frauen. Frau Concepcion, der das kollektive im Blute zu liegen schien, und die die Artigkeiten ihres Anbeters, des Generals, schon so lange entbehren mußte, bot alle Künste ihres natürlichen Talents auf, dem jungen, schönen Mann zu gefallen. Wer weiß, wie sich die Situation entwickelt hätte, wenn die beiden allein gewesen wären; aber die Gegenwart der Schwester Concepcion's störte die kollektiven Berechnungen derselben und begann einen unerwarteten Einfluß auf Silvano auszuüben. Carmen war der vollständige Gegenpart ihrer Schwester. Es war ein junges, unerfahrenes Mädchen, voller natürlicher Anmuth, die sie unbewußt zur Schau trug und wohl im stande, manchen jungen Mann zu fesseln. Die Sorgfalt und Ausdauer, die sie bei der Pflege des Kranken gezeigt hatte, hatte in dessen Herzen zuerst das Gefühl einer stillen Dankbarkeit erweckt und dann begann sich dazwischen etwas anderes einzuschleichen, das dem einer innigen Zuneigung gleich oder auch einer allmählig sich entwickelnden beständigen Liebe. Wenn er die beiden Frauen miteinander verglich, so fiel vielleicht der

Vergleich mehr zu gunsten von Frau Concepcion aus, die entwickelter und in ihrem Benehmen selbstbewußter war. Er mußte sich manchmal an die Worte seines Bruders erinnern, und er fühlte dabei für sich und Frau Concepcion eine Art von Schmach, wenn er daran dachte, wie er der verheirateten Frau seine Liebe zu gestehen gewagt, und wie sein Bruder sie und ihn in seiner rauhen Manier zur Rede darüber gestellt hatte. Frau Concepcion wiederum schien der Sache von damals nicht im geringsten zu gedenken, sondern that lustig und guter Dinge, als wenn derartige Ereignisse ihr etwas Alltägliches wären. Und je kollektiver Frau Concepcion sich gegen ihn betrug, desto mehr begann ihr Bild in seinem Herzen zu erblassen und wenn er im Stillen Betrachtungen und Vergleiche zwischen den beiden Schwestern anstellte, gewann von Tag zu Tage mehr ihre kleine Schwester.

Diese selber war in ihn verliebt, das hätte jeder dritte gesehen, wenn er einmal ihren Unterhaltungen beigewohnt hätte. Der junge Mann bemerkte es aber nicht. Eines Abends saßen die drei wieder im Vorhaus der Villa beim Schein des Mondes, der dort drinnen jedes künstliche Licht entbehrlieh macht. Rechts und links dufteten die berauschenden Blüten des großen paraguayischen Jasmins vermischt mit dem feinen Aroma der Apfelsinenblüthe; die breiten Blätter der Bananen, die vor dem Hause eine beinahe undurchdringliche Wand bildeten, zitterten, von dem leisen Abendwind bewegt, und ab und zu tönte von Ferne das nicht unharmonische Geschrei der kleinen paraguayischen Frösche herüber.

Silvano saß in einem Schemelstuhl und sann vor sich hin.

„Ich finde es aber unrecht, Silvano,“ begann Carmen,

das Gesch dem Schnächeren Geschlecht soweit zu Hilfe kommt, daß demselben, wenn es sich in Büroschaftsverträge einlassen will, die Art der dadurch übernommenen Verpflichtungen und die nachtheiligen Folgen, welche daraus entspringen können, bekannt und erinnerlich gemacht werden sollen."

Des Pudels Kern ist also die angebliche Schwäche und Leichtigkeit des weiblichen Geschlechts.

Wie aber, wenn das schwächliche Geschlecht gar nicht schwach sein will und ist, wenn es die Suppositionen des Gesetzgebers zurückweisen will? Wohlthaten werden niemandem ausgedrungen. Die Frauen wollen die rechtliche Gleichstellung mit den Männern, sie wollen nicht gleich den Unmündigen behandelt sein, sie wollen im Strafrecht keine milderen Umstände auf Grund ihres Geschlechts, sie wollen, daß auch ihnen gegenüber durchweg der Satz gelten soll: Jeder Einwohner des Staats ist gehalten, sich um die Befehle, welche ihm oder sein Gewerbe und seine Handlungen betreffen, genau zu erkundigen, und kann sich niemand mit der Unwissenheit eines gehörig publizierten Befehles entschuldigen, und der oben angelegene Art. 4 der preussischen Verfassungsurkunde zur Wahrheit werde:

Alle Preussen sind vor dem Gesetz gleich. Und zu diesem Willen haben unsere Frauen ein Recht. Sie haben ein Recht darauf, zu verlangen, daß alle Ausnahmen fallen und das gesetzlich anerkannte natürliche Prinzip der Rechtsgleichheit in seiner Reinheit durchgeführt werde."

Zum Schluß sagt der Verfasser: Werfen wir hiermit noch einen Blick auf dasjenige, was nach dem Vorgetragenen zu einer völligen Rechtsgleichheit beider Geschlechter fehlt, so finden wir, daß nicht nur wenig, sondern noch recht viel dazu mangelt, bis das Prinzip in seiner Reinheit durchgeführt und alle nicht durch die Geschlechtsunterschiede gebotenen Ausnahmen gefallen sind. Die Frage selbst, ob das weibliche Geschlecht mit dem männlichen durcheinander gleiche Rechte haben muß, konnte zu Ende des vorigen oder Anfang dieses Jahrhunderts vielleicht durch solche Gründe, als

1. die Geschlechter seien moralisch und physisch verschieden;
2. das Gesetz gebe den Weibern sehr große Vorzüge vor den Männern (z. B. Krieg — Unterhaltspflicht);
3. das Gesetz wolle die Weiber nur abhalten, nachtheilige Geschäfte abzuschließen und ihrer Ehre zu nahe zu treten;
4. es sei nicht rathsam, ihren Spielraum außerhalb des Hauses auszu dehnen;

gegen die Gleichstellung entschieden werden. Jetzt halten solche Gründe nicht mehr Stich. Der Gesetzgeber hat die Pflicht, das unmittelbare Rechtsleben des Volkes seinen Gesetzen zu Grunde zu legen und diese in Einklang mit jenen zu bringen, wo es erforderlich ist. Ich glaube, daß von diesem Gesichtspunkt aus die Beantwortung jener Frage am Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr zweifelhaft ist, und ich würde mich hinlänglich belohnt fühlen, wenn diese Zeilen Anregung dazu gäben, daß die Frage der rechtlichen Stellung des weiblichen Geschlechts im Sinne der Zeit gelöst wird. Geschehen muß etwas, und wir handeln freier, wenn wir den Frauen geben, was ihnen zukommt, als wenn wir von uns sagen lassen, wir verweigerten ihnen ihr Recht."

Also geschrieben im Jahre 1869 von einem preussischen Juristen, der heute Ober-Staatsanwalt ist am Kammergericht.

Politische Ueberlicht.

Berlin, 27. Februar.

Aus dem Reichstage. Nachdem der Reichstag heute in dritter Lesung dem Antrage unserer Partei auf Aufhebung des Diktatur-Paragraphen in Elsaß-Lothringen zugestimmt hatte, wurde die Debatte über den Anträgen Dr. Hitze und Genossen fortgesetzt. Es ist dies einer der vorsichtigen sozialpolitischen Anträge aus dem Centrum, die bei dem Uneingedeihten den Eindruck erwecken sollen, als handele es sich um eine Begünstigung lang gehegter Wünsche des Arbeiterstandes, — während doch jeder Arbeiter weiß, daß bei derartigen bürokratisch vorgenommenen „Erhebungen“ für ihn nur sehr wenig herauszukommen pflegt, — wenn sich natürlich auch Prinzipielles gegen Untersuchungen über die sozialen Verhältnisse nichts sagen läßt. Das Centrum hat natürlich mehr wie je jetzt Veranlassung, sich den Anschein der Arbeiterfürsorge zu geben.

„Daß Sie noch nicht an Ihre Braut eine Nachricht geschrieben haben... ich wollte es Ihnen schon immer einmal sagen... und sie wird sich sehr ängstigen... ist sie hübsch...?“

„Meine Braut...?“ fragte Silvano, erstaunt aus seinen Stimmen auffahrend.

„Nun ja... Sie heißt ja so wie meine Schwester... Concepcion... Recalde...“

„Wer hat Ihnen das gesagt...? ich habe keine Braut...“

„Aber Sie machen nur Ausflüchte... meine Schwester hat es mir selbst erzählt... und sie haben in ihrem Delirium von ihr gesprochen... nicht wahr, Schwester?“

Frau Concepcion war sehr verlegen und Herr Silvano GODOY ebenfalls. Frau Concepcion, weil sie im Augenblick nicht wußte, wie sie ihre damals ausgesprochene Unwahrheit beschönigen sollte, und Silvano, weil er hörte, was er in seiner Verwundtheit gesprochen haben sollte... Doch sagte er sich früher als Frau GILL und sagte mit einem kleinen Anflug von Verlegenheit: es ist möglich, daß ich so etwas gesprochen habe, weil ich mich an eine alte Verwandte in meinen Fiebertäumen erinnerte. Was aber eine Braut anlangt, so ist Frau Concepcion falsch berichtet, oder der, der es ihr gesagt hat. Ich bin ein junger Mensch und habe noch keine Braut...“

Carmen blickte mißtrauisch von einem zum andern.

„Aber Concepcion sagte ganz bestimmt...“

„Aber Du hörst doch,“ entgegnete diese ärgerlich, was Silvano sagt. So muß es auch wahr sein. Und solche Gerüchte entstehen leichter als man denkt...“

Einen Augenblick darauf erhob sich Frau GILL und ging davon, um, wie sie sagte, nach der Kegerin zu sehen und ihr aufzutragen, die Pferde zu füttern; denn es sei allermeist Zeit, nach Hause zurückzukehren. Carmen und Silvano blieben allein zurück. Es herrschte eine kleine Pause.

„Habe ich Sie beleidigt, Silvano, mit meinen Worten?“ fragte Carmen mit einem ängstlichen Tone den vor ihr Sitzenden.

„Wie können Sie sich denken, daß Sie mich mit einer harmlosen Frage beleidigen.“

„Ich glaube, Sie hätten es mir verübelt, weil Sie so still geworden sind... und es ist wirklich nicht wahr, daß Sie eine Braut haben...?“

(Fortsetzung folgt.)

Für unsere Partei erklärte der Abg. Mollenhuth die Zustimmung zu den Anträgen, wobei er unseren weitergehenden prinzipiellen Standpunkt vertat. Der Abg. Barth (fr. Vg.) hofft, daß durch eine fortwährende Agitation und Aufklärung in den Kreisen der Industriellen selbst die Bedeutung und der Werth einer Verkürzung der Arbeitszeit begriffen wird. Sonst ist er für den Antrag. Nach Professor Stüpeden (Konf.), gab der Herr Pastor Schall (Konf.) einige Proben seiner sozialpolitischen Kenntniss zum Besten. Unter anderem stellte er die Behauptung auf, daß hohe Löhne nicht segensreich seien. Das sittliche Niveau der Arbeiterinnen würde dadurch nicht gehoben. Der Unternehmerstandpunkt wurde durch Moller-Dortmund vertreten. Der Reichstag stimmte schließlich dem Antrage mit großer Majorität bei, die sich aus allen Parteien zusammensetzte.

Eine gewisse humorvolle Stimmung konnte man in den Kreisen der Abgeordneten wahrnehmen, als der Präsident den Antrag der Konservativen und Antisemiten, der die Einwanderung der Juden verhindern will, zur Verhandlung stellte. Allerdings wären die Reichsboten um ihre Erwartungen beinahe betrogen worden. Von den Kämpen, die sonst den Reichstag durch „hervorragende“ antisemitische Reden erfreuten, nahm keiner das Wort zur Begründung; man mußte sich mit Großen zweiter Ordnung begnügen.

Etwas entschädigt der Abg. Sachse für die eingetretene Enttäuschung, der die zu einem solchen Antrag nötige komische Figur abgab. Im schönsten sächsischen Dialekt zog er gegen die Verfechter der „goldenen Internationalen“ los, und trug damit sehr wesentlich zur Erheiterung des Hauses bei. Der Standpunkt unserer Partei wurde in geschickter Weise von dem Abg. Vogt her vertreten. — Die Debatte wird am Mittwoch nächster Woche fortgesetzt werden. —

Die Reichstags-Erwahl in Syd-Olecko. Das amtliche Ergebnis der am 23. d. M. stattgehabten Reichstags-Erwahl im Wahlkreise Syd-Johannisburg-Olecko ist nun festgestellt:

Im ganzen wurden abgegeben 17 695 Stimmen. Hieron erhielt Oberpräsident Graf von Stolberg in Königsberg (Konf.) 12 259 Stimmen, Bauernhofbesitzer Dan in Hohenstein (Freis.) 3889, Gutbesitzer Eghard in Komorowen (Sozialdemokrat) 1439, Gutbesitzer von Borde in Tolkendorf (Bund der Landwirthe) 107, zer-splittet waren 4 Stimmen. Sonach ist Graf Stolberg zum Abgeordneten gewählt.

Ueber die Bedeutung des Wahlergebnisses haben wir uns schon in der Dienstagnummer geäußert. Wir haben bloß noch den Fortschritt unserer Partei in dem östlichsten Wahlkreise des Reiches festzustellen. Während am 15. Juni 1893 unser Kandidat 680 Stimmen erhielt, vereinigte er am 23. Februar 1895 1439 Stimmen auf sich. Es kamen demnach auf 100 bei der Hauptwahl abgegebene Stimmen nach Verlauf von knapp zwei Jahren 229. Wir sind mit diesem Resultate sehr zufrieden. —

Im Abgeordnetenhaus stand heute zunächst eine Interpellation der Abg. Dr. Baasche zc. zur Verathung, ob die Regierung geneigt sei, die Frachten für künstliche Düngemittel und die Preise für Kalisalze herabzusetzen. Von der den Landwirthen allezeit wohlgeleiteten Regierung wurde erklärt, daß vom 1. März d. J. bis zum 1. Mai 1897 die Tarife für Düngemittel um 20 pCt. herabgesetzt werden sollen. Bezüglich der Preise für Kalisalze erklärte Herr v. Bockelsch, daß die Regierung Mitglieder des Kalisyndikats sei und die Preise deswegen nicht nach Belieben ändern könne, daß aber nach Möglichkeit auf eine Herabsetzung der Preise einzuzwirken gesucht werden solle. — Aus den weiteren Tagesordnungspunkten ist dann noch auf die Debatte über mehrere Petitionen um Erlass eines Gesetzes zur Fürsorge für mittellose arbeitssuchende Wanderer zu verweisen, in der einige recht knotige sozialpolitische Ansichten hervortraten; so z. B. die, daß den Bagabunden das herumziehen so unangenehm wie möglich gemacht werden müsse. Als ob die Leute zum Vergnügen barfuß und hungrig in der Winterkälte auf den Chaussees herumkriechen! — Fortsetzung der Debatte über den Kultusetat ist Donnerstag.

Der agrarische Staatsrath, — der sich mit den von der Regierung in Aussicht genommenen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Besserung der Lage der Landwirtschaft ebenso zu beschäftigen haben wird, wie mit den von den Herren Kanitz, Kardorff, Plösch zc. und dem gesamten Bunde der Landwirthe in Aussicht genommenen Maßnahmen, — ist auf den 12. März d. J. einberufen worden. — Ebenso, wie bei der Zusammenkunft des Staatsraths im Jahre 1890, wo er sich über Arbeiterschutz-Gesetze u. s. w. äußern durfte, sollen auch diesmal keine neuen Ernennungen von Staatsrathen erfolgen, sondern es soll eine größere Anzahl Sachverständiger verschiedener wirtschaftspolitischer Richtungen eingeladen werden, an den Verathungen theilzunehmen. — Zum Staatssekretär des Staatsrathes ist der Direktor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Wirklicher Geheimrath Bressfeld ernannt worden; zum Präsidenten dagegen der gegenwärtige Reichskanzler. — Daß bei den Verathungen nichts Greifbares herauskommen wird, gilt heute schon überall — auch bei den weitersehenden Agrariern selbst — als sicher. —

Noch eine Erklärung gegen die Umsturzvorlage. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht heute eine Erklärung, die in der 9. Nummer der von Pastor Naumann herausgegebenen „Hilfe“ erscheinen soll. In derselben wird zunächst gesagt, daß die Unterzeichner, nachdem die „Grenzboten“-Erklärung erschienen ist, mit ihrer Meinung nicht glauben zurückhalten zu dürfen, damit ihr Schweigen nicht als Zustimmung gedeutet wird. Dann heißt es weiter:

Die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland bedarf einer durchgreifenden Verbesserung. Diese Verbesserung liegt in gleicher Weise im Interesse einer friedlichen sozialen Entwicklung wie des wirtschaftlichen Fortschritts des Vaterlands. Um Staat und Gesellschaft den notwendigen Reformen geneigt zu machen, ist politische Freiheit, vor allem Freiheit der Kritik des Bestehenden erforderlich. Die dem Reichstage gegenwärtig vorliegende Umsturzvorlage beschränkt diese Freiheit auf das empfindlichste. Die Dehnbarkeit ihrer Paragraphen läßt die Möglichkeit offen, daß nicht nur die verwerfliche Ausschreitung der politischen Agitation, sondern auch das, was an ihr nützlich und segensreich ist, getroffen werde. Daß dies tatsächlich geschähe, ist, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte,

nach dem mit dem Sozialistengesetz gemachten Erfahrungen zu befürchten. Eine dehnbare Auslegung würde unter Umständen selbst im Stande sein, Kirche und Wissenschaft in der Freiheit ihrer Thätigkeit zu hemmen. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist die Einsicht von der Nothwendigkeit sozialer Reformen in den oberen Klassen gewachsen, während sich in den unteren die Zahl der gemäßigten und besonnenen Elemente vermehrt hat. Mehr denn früher scheint heute der Verständigung und dem friedlichen Fortschritt der Weg geebnet. Die Annahme der Umsturzvorlage würde die Klassen-gegensätze verschärfen und von der arbeitenden Klasse als ein gegen sie gerichtetes Spezialgesetz empfunden werden. Gleich der überwiegenden Mehrzahl des deutschen Volkes hegen die Unterzeichner den Wunsch, daß politische Verbrechen und verwerfliche Ausschreitungen der Agitation hintangehalten werden. Aber sie fürchten, daß diese Gefahren durch Strafbestimmungen, wie die der Umsturzvorlage, eher vermehrt als vermindert werden. Jene Ausschreitungen, die wir beklagen, entstammen nicht zum geringsten Theil den Strafen und Verfolgungen, welchen unter dem Sozialistengesetz auch solche Arbeiter ausgesetzt waren, die lediglich den wirtschaftlichen Bestrebungen ihrer Klasse zu dienen glaubten. Die Verzeigerung aber, auf gesetzlichem Wege einen Fortschritt zu erzielen, ist der Nährboden für anarchische Theorien und Thaten der Gewalt. Demgegenüber glauben die Unterzeichner, daß Freiheit der Meinungsäußerung und der Koalition verbunden mit grundlichen sozialen Reformen ein weit wirksameres Mittel ist, um verbrecherische Ausschreitungen zu verhindern. Sitte, Ordnung und Vaterlandsliebe in den Massen zu erhalten und neu zu gründen. Aus diesen Erwägungen erheben die Unterzeichneten im Namen der friedlichen und geordneten Entwicklung des Vaterlandes Einspruch gegen §§ 111 a, 126, 130, 181 und Art. III der Umsturzvorlage."

Die „Vossische Zeitung“ hebt aus einer langen Reihe von Namen die folgenden hervor:

Die Professoren v. Bogold-Erlangen, Bornemann-Magdeburg, G. Cohen-Marburg, Drews-Jena, Fürbringer-Jena, Hädel-Jena, Hertner-Karlsruhe, Herrmann-Marburg, Holmann-Strasbourg, Kluge-Freiburg, Kolbe-Erlangen, Küstner-Bonn, Vamprecht-Leipzig, Mommsen-Berlin, Ratory-Marburg, Rippold-Jena, Othoff-Heidelberg, Rein-Jena, Riehl-Freiburg, v. Schulze-Güternberg-Freiburg, v. Soden-Berlin, Wundt-Leipzig, Zahn-Erlangen, Ziegler-Strasbourg. —

Die Berufs- und Gewerbebezahlung. Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbebezahlung im Jahre 1895, hat ihren Bericht fertiggestellt. Die Beschlüsse der Kommission lauten: I. dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbebezahlung im Jahre 1895 — Nr. 78 der Drucksachen —, unverändert die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; II. folgende Resolutionen anzunehmen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, 1. bei der Berufsbezahlung womöglich auch den Geburtsort und die Adresse des Arbeitgebers zu erfragen; 2. die Frage nach den Quittungsarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung fallen zu lassen; 3. die Frage nach der Beschäftigung gegen haren Lohn nicht nur auf die Personen über 16 Jahre zu beschränken; 4. in dem Gewerbefragebogen zu Frage 12 auch nach der durchschnittlichen Kraftleistung der benutzten Wassertriebe (Wasserräder, Turbinen) zu fragen; 5. es den Einzelregierungen zu überlassen, Zusatzfragen zu stellen oder zuzulassen, insbesondere nach dem Geburtsort und der Adresse des Arbeitgebers, falls die Verallgemeinerung dieser Fragestellung für das ganze Reich (vergl. oben unter I) unthunlich erscheint; 6. am 1. Dezember 1895 eine Volkszählung stattfinden zu lassen und bei derselben die auf die Arbeitslosigkeit bezüglichen Fragen der Zählung vom 14. Juni 1895 zu wiederholen.

Die „lex Heinze“ sollte, wie es kürzlich hieß, bald wieder in neuer Gestalt vor den Reichstag gebracht werden. Die „Köller'sche Korrespondenz“ dementirt heute diese Nachricht in folgender Form:

Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, im Ministerium des Innern werde auf der Grundlage des früheren Entwurfs wiederum eine „lex Heinze“ ausgearbeitet, trifft nicht zu.

Reißt dies vielleicht, daß die neue „lex Heinze“ schon fertig ist, also nicht erst ausgearbeitet zu werden braucht; oder daß sie vielleicht auf anderen Grundlagen, als denen des früheren Entwurfs ausgearbeitet wird? — Aber auch wenn diese Mittheilung der „Köller'schen Korrespondenz“ wirklich richtig ist, dann wäre es ja leicht begreiflich, daß die Regierung jetzt eine „lex Heinze“ nicht mehr für nöthig hält, da sie ja die „lex Umsturz“ zu bekommen hofft, und das Centrum zudem mit seinen Anträgen zum Umsturzgesetz den ganzen Inhalt der vorjährigen lex Heinze erschöpft und noch weit überbietet. Warum sollte die Regierung diese Situation nicht schlan benutzen und auf ein vom Volke nicht gewolltes Gesetz scheinbar freiwillig verzichten, wenn sie das gewünschte ohne eigenes Zutun durch die Centrum's-Partei in vermehrter und „verbesselter“ Auflage bekommen kann! —

Wismarsfeier werden jetzt im ganzen Reiche zum achtzigsten Geburtstag des „eisernen Kanzlers“ geplant und dafür mancher schöne Schmuck aus den verschiedenen Stadtsäckeln bewilligt. Nicht schlecht scheint uns die Sache in Kassel angefaßt worden zu sein. Dort hatte der Magistrat beantragt, 1000 Mark zur Abhaltung eines großen Fest-Commerces zu bewilligen. Der Bürgerausschuß beschloß darauf, zwar die 1000 Mark zu bewilligen — aber nicht für den Kommerz, sondern zur Verteilung an 30 bis 40 arme Familien. Das wäre eine bessere Geburtstagsfeier. — Nun, das ist jedenfalls Geschmackssache. Dem großen Otto hätte der Kasser Bürgerausschuß jedenfalls eine größere Freude gemacht, wenn er die 1000 Mark nicht für den Festcommerz und nicht für die Armen verwandt, sondern per Postanweisung direkt nach Friedrichsrub geschickt hätte. —

Ein alter Schäfer. „Ich habe mich in meiner diplomatischen Thätigkeit stets der Wahrheit verpflichtet“, sagte der Erlanger Nr. 1 einem Leipziger Blümchen-Patrioten. Schade, daß der Pfeiß von so wenig Erfolg gekrönt ward. —

Der Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Reichstags-Abgeordneter von Hammerstein, dementirt die aus der „Frankfurter Zeitung“ auch in den „Vorwärts“ übergegangene Nachricht, daß er sich vom politischen Leben und der Leitung der „Kreuz-Zeitung“ zurückziehen beabsichtige. —

Die deutsche Reichsregierung und der Aufenthalt Giolitti's in Berlin. Mit allem Vorbehalte geben wir die der „Italia del Popolo“ aus angeblich sicherer Quelle aus Berlin zugegangene Nachricht wieder, daß die deutsche Reichsregierung Herrn Giolitti den freundschaftlichen Rath gegeben habe, sich jenseits der deutschen Reichsgrenze zu begeben.

Wäre die Nachricht wahr, so würde der Reichskanzler Herrn Crispi einen Liebesdienst erwiesen haben, für den der italienische Staatsmann seinem deutschen Kollegen wenig dankbar sein wird, denn Giolitti ist Crispi in Berlin viel ungeschicklicher als in Rom.

Wie wenig ein solches Vorgehen das Ansehen des

Deutsches Reiches fördern würde, braucht von uns nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die Bedrohung des deutschen Buchhandels. Aus Interessentenkreisen wird geschrieben:

Die Kommission des Reichstags, die sich mit der Novelle zur Gewerbeordnung beschäftigt, hat die Vorentscheidung über das Schicksal von tausenden, sie hat darüber zu beschließen, ob durch die Anträge der Herren Gröber und Hise der deutsche Buchhandel in seiner Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber zurückgedrängt, in seiner Entwicklung gehemmt und zum Theil vernichtet werden soll, ob zahllose Familienväter ihr Brot einbüßen, ob die Zahl der Arbeitslosen und Unzufriedenen wiederum vermehrt, ob die Steuerkraft des Volkes abermals vermindert werden soll. Fürst Hohenlohe hat sich als einen Freund des Mittelstandes bekannt, Herr von Berlepsch vertritt die gleiche Tendenz — hier handelt es sich um den Schutz eines blühenden Gewerbes und um die seiner Hilfskräfte, hier handelt es sich um den Schutz des produktiven Volkes gegen Hise und Gröber, wie es sich zugleich um eine finanzielle und um eine geistige Frage handelt!

Das die Novelle und vor allem die Anträge Hise und Gröber, denen sogar ein Theil des Zentrums mit starken Bedenken gegenübersteht, den Ruin eines Theiles des deutschen Buchhandels bedeuten, bedarf kaum noch eines Beweises. Wenn die Käufer nicht mehr aufgesucht werden dürfen, wenn die Verwaltungsbehörde am Beginn jedes Jahres feststellen soll, ob ein Bedürfnis zum Bücherverkauf vorhanden ist, selbst wenn wissenschaftliche Vorkursarbeiten, deren Umfang sich kaum voraussehen läßt und die doch sicherlich nicht auf die kleinen Leute rechnen, vorher ziffermäßig begrenzt werden müssen, wenn alle Beschränkungen, denen der Hausirer unterliegt, auf den Kolporteur ausgedehnt werden sollen, wenn dieser weiterhin für jeden Bezirk einen neuen, theuren Wander-Gewerbeschein lösen soll — dann wird und muß der Betrieb zurückgehen, und der Einschränkung wird die Vernichtung folgen. Der Verlag wird leiden, gewiß aber mit ihm die Sortimentler, die Reisenden und Kolporteur, die Drucker, Papierhändler, Typographen, Galvanoplastiker, Buchbinder, Kommissionäre, Seher, Marktbesitzer, Ansträger; sie alle werden es den Herren Gröber und Hise und ihren unbesonnenen Helfern danken, wenn sie den angepöbelten „Schutz der ehelichen Arbeit“ sich umwandeln sehen in einen „Trug der ehelichen Arbeit“.

Vielleicht ist es gut, die Herren von der Rechten, die etwa bereit wären, in das Horn der Herren Gröber und Hise zu blasen, daran zu erinnern, daß allein 8 große Buchhandlungen evangelische Kolportagebuchhandlungen sind und sich ausschließlich mit dem Vertrieb von Bibeln, Erbauungs- und Gebetbüchern befassen; sie mögen nicht vergessen, daß das Zentrum die katholischen Verlagswerke von der Kugel aus, durch den Reichsthal und durch Vereine bedrückt, daß also der Antrag Gröber-Hise sich lediglich gegen den Protestantismus richtet; die Leiter der Finanzen aber mögen sich erinnern, welches Kapital durch den Reise- und Kolportagebetrieb in Umlauf kommt und welche Steuersummen ausfallen müssen, wenn Bundesrath und Reichstag auf der vom Zentrum empfohlenen Bahn verharren. Gibt es doch in Deutschland allein 179 Verlagsgeschäfte und 516 Sortimentler, die hauptsächlich sich mit Kolportage beschäftigen, und 8000 Kolportagebuchhandlungen, welche direkt oder von Großhandlungen beziehen. Daneben giebt es noch 80 Reisebuchhandlungen. Diese Geschäfte geben nach einer ganz bescheidenen Schätzung etwa 50 000 Personen den Lebensunterhalt und zahlen an Gehalt und Lohn über 58 Millionen Mark; hierbei sind große Hiffen nicht eingeschlossen, die direkt hinzugezählt werden müßten. So kommen die Papierfabriken mit ihrem Umsatz und ihre Arbeiterzahl in Frage, ebenso die Buchbinderereien — allein für Meyer's und Brockhaus' Konversationslexikon sind in Leipzig sechs große Buchbinderereien mit 1000 Arbeitern dauernd thätig — die Federindustrie, die Pappfabrikation, die Schriftsteller und Künstler, kurz eine unabsehbare Reihe von Erwerbszweigen wird gefährdet — und warum? Weil in den Kreis der Kolportage und Reisebuchhändler sich auch einige räudige Schafe drängen und weil es auch Geistesprodukte giebt, die nichts werth sind. Mit den unfauberen Elementen, die übrigens von ihren Berufsgenossen sehr energisch abgehoben werden, soll der Mann hüben, der mit Fleiß und Mühe sich und den Seinen eine Existenz verschafft; mit den sittenlosen Romanen sollen die Bibel, Atlas, Familienzeitschriften leiden! Das ist Sinn und Folge des gegen den deutschen Buchhandel geführten frivolen Kampfes!

Daß nicht gerade der Protestantismus, sondern weit mehr alle oppositionellen Parteien, daß nicht die Verbreitung der Bibel und der Gartenlaube, sondern vor allem der Betrieb unserer Agitationschriften getroffen werden soll, versteht sich von selbst.

Ostpreussische Landwirtschaftskammer. Der Provinzial-Landtag für Ostpreußen hat beschlossen, für Ostpreußen eine Landwirtschaftskammer mit dem Sitz in Königsberg zu errichten. Jeder Landkreis soll zwei Mitglieder in die Kammer entsenden, welche demnach 70 Mitglieder enthalten würde. Der Vorstand soll aus 7 Mitgliedern bestehen.

Der Anhaltische Landtag soll auf den 4. März zu seiner diesjährigen Tagung einberufen werden.

Frauen als Gerichtsfunktionäre. Der Frauen-Bildungsverein „Reform“ stellte beim Züricher Kantonsrathe das Gesuch, es sollten Frauen mit juristischer Bildung im Kanton Zürich zur Advokatur zugelassen, ferner die Gerichte zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Die Petition wurde zur Verichterstattung an den Regierungsrath gemessen.

Einschränkung des Koalitionsrechtes für die französischen Staats- und Eisenbahnbefugnisse. Der von der französischen Regierung ausgearbeitete Entwurf, betreffend die Staats- und Bahnbefugnisse unterliegt gewissen Kategorien derselben jede Vereinigung zum Zwecke der Arbeitseinstellung oder Aufreizung zur Bildung derartiger Vereinigungen.

Die bürgerlichen Machthaber in der Republik treten ebenso energisch gegen die Arbeiter auf, wie die Machthaber in der Monarchie; nicht die Regierungsform ist für das Maß von Entrechtung der Arbeiter maßgebend, sondern einzig und allein die wirtschaftlichen Interessen der Machthabenden.

Ungern Sternberg auf Reisen — das ist die neueste Zirkulation des Platen'schen Anbels auf Reisen. Dem „falschen Baron“ scheint die Schweiz, in welche die russische Regierung ihn zu seiner Erholung geschickt hat, zu klein geworden zu sein — er hat vorige Woche einen Abschied nach Frankreich gemacht und — durch ein wunderbares Zusammentreffen von Umständen ist ein Dyna mitlager in der Nähe von Paris geplündert worden, während Herr Ungern-Sternberg seine Freunde auf der Pariser Polizeipräfektur und in der russischen Gesandtschaft besuchte. Den Lütticher Dynamiknallereien ging bekanntlich der Dynamitraub von Chevron voraus. In Paris wird es wohl nächstens nun auch knallen, damit der gesellschaftspöbelische Polizei-Anarchismus, der seit der kläglichen Fahnenflucht des Sozialistenobdiers Casimir die Flügel betrübt hängen läßt, wieder etwas Lebensmuth schöpfen kann.

Die internationalen Silberwährungsleute haben in England kein Glück, trotzdem sie auch dort emsig an der Arbeit sind. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 26. d. Mts. beantragte das Parlamentsmitglied Everett

eine Resolution, in welcher erklärt wird, das Haus betrachte mit steigender Besorgnis die fortwährenden Schwankungen und wachsenden Abweichungen in relativen Werthe von Gold und Silber, stimmt herzlich in die jüngst zum Ausdruck gebrachte Ansicht der Regierung Frankreichs und des Parlaments des Deutschen Reiches hinsichtlich der daraus entstehenden Uebel und stellt es daher der Regierung als wünschenswertes hin, mit anderen Mächten auf einer internationalen Konferenz zu kooperieren zwecks Erwägung, welche Maßregeln zur Beseitigung oder Verminderung der Uebel getroffen werden könnten.

Trotzdem diese Resolution von einigen englischen Kardorff's unterstützt wurde, blieb den Silberleuten aber auch nicht die geringste Hoffnung übrig, daß England jemals seine festen Währungsverhältnisse aufgeben werde; denn der Schatzkanzler Sir W. Harcourt ließ in dieser Beziehung absolut keinen Zweifel mehr übrig. Er sagte, falls die deutsche Regierung Vorschläge zu einer Münzkonferenz mache, sei die englische Regierung bereit, in freundschaftlichem Geiste in die Erörterung einzutreten, obgleich sie gleichzeitig an Englands Geldumlaufsystem festhalte. Was die nationale Seite der Frage betreffe, so sei kein Land so sehr daran interessiert, sein Geldumlaufsystem auf einer gesunden Basis zu erhalten, wie England. Kontinuität sei mindestens ebenso notwendig auf dem Gebiete der Umlaufmittel, wie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. — Er sei dagegen, daß man die Währung Englands der Gnade irgend einer auswärtigen Macht preisgebe, oder sie unter die Kontrolle eines Komitees fremder Staaten stelle. Falls Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten für gut finden, sich zu vereinigen, um den Silberwerth aufrecht zu erhalten, so werde England nichts dagegen einzuwenden, obgleich es möglich sei, daß es sich diesen Staaten nicht anschließen würde. — Sollte die Resolution eine Verpflichtung Englands zur Doppelwährung umfassen, so würde er sich ihr auf das Heftigste widersetzen haben. (Lauter Beifall.) Die Resolution empfahl sich indessen gleichmäßig den Monometallisten und den Bimetallisten, und er hoffe, nichts, was er gesagt habe, werde irgend ein Land zu dem Glauben veranlassen, daß irgend eine Aenderung in den Grundgesetzen der englischen Währung wahrhaftig sei. Kein verantwortlicher Staatsmann würde vorschlagen, die Basis zu verändern, unter der seit 1816 die Wäthe von Englands Handel und Finanzen eine Höhe erreicht habe, die nie eine andere Nation erreichte. — Das wird den englischen Bimetallisten wohl deutlich genug sein, und auch den deutschen.

Die überwindene Parlamentskrisis in England. Unser Londoner Korrespondent schreibt:

Chamberlain hat am 21. Februar im Parlament eine Blamage erlitten, die seine Position ziemlich erschüttert hat. Es handelte sich um die Frage der Einfuhrzölle für Baumwollgarne in Indien. Um das wachsende Defizit im indischen Budget auszugleichen, hat die Regierung seinerzeit einen Zoll von 5 pCt. auf alle in Indien importirten Waaren gelegt, mit Ausnahme der Baumwollgarne. Darüber große Erregung der indischen Spinner, die eine laute Agitation dagegen in Szene setzten, daß indische Interessen Lancashire ausgeopfert würden. Um sie zur Ruhe zu bringen, hat nun die Regierung die Ausnahmebestimmung wieder abgeschafft, aber für alle Garne über Nr. 20 eine Inlandsabgabe von 5 pCt. in Indien festgesetzt, so daß also nur die groben Garne, in denen Lancashire vom indischen Markt schon verdrängt ist, bloß Einfuhrzoll zahlen, während die feinen Nummern ziemlich gleich besteuert sind. Wenn man die Textilindustriellen von Lancashire sich benachteiligt, und verlangten von ihren Vertretern, daß sie Zurücknahme dieser Bestimmung verlangen sollten. Da nun ein Theil der Abgeordneten Lancashire liberal ist, die Textilarbeiter aber in dieser Frage, wie in der des Bimetallismus, mit den Fabrikanten gehen, kommen verschiedene jener Herren in die unangenehme Lage, eventuell gegen die Regierung stimmen zu müssen. Dies schen Herr Chamberlain eine günstige Gelegenheit, die Regierung in die Minorität zu bringen und so eine Parlamentsauflösung zu erzwingen. Er steckte sich hinter die Antragsteller und gab die Parole aus, Unterstützung des Antrages auf Vertagung des Hauses, welche in diesem Falle ein Mißtrauensvotum bedeutet hätte. Indes es kam anders. Es giebt nur eine Alternative, den Bedürfnissen des indischen Budgets anders als durch Zölle zu entsprechen, und das ist Reduktion der Gehälter der indischen Beamten. Das scheint den Konservativen im letzten Moment zum Bewußtsein gekommen zu sein, und für einen Antrag, der dies heraufbeschwor, sollten sie stimmen, die ihre unversorgten Söhne nach Indien schicken? Das paßt ihnen nun doch nicht. Kurz, während am Morgen alle Wäthe mit Niesenbuchstaben eine „ernsthafte Krisis“, eine „höchst gefährdete Situation des Kabinetts“ verstanden hatten, trankelte am Abend bei der Abstimmung die Opposition so zusammen, daß die Regierung mit 195 Stimmen in der Majorität blieb, mehr als selbst gegen den Unnützlichkeitsantrag der Iren. Herr Chamberlain aber war schließlich so verduzt, daß er sich im letzten Moment auf einen unannehmbaren Ort flüchtete, um nicht mit abstimmen zu müssen.

Großer Triumph aber bei den Liberalen. Und da sie zwei Tage zuvor den Konservativen in einer Nachwahl einen Sitz abgenommen, hängt — bis auf weiteres — ihr Himmel wieder voll Regen.

Die Erhöhung des Tabakzolls abgelehnt in — Norwegen.

Das Storting hat heute Abend die Regierungsvorlage betreffend Erhöhung des Tabakzolls von 175 Cents auf 2 Kronen per Kilogramm in geheimer Sitzung einstimmig abgelehnt.

Die Amnestie in Bulgarien.

Aus Petersburg wird telegraphirt: Infolge des bulgarischen Amnestiegesetzes haben sämtliche in Rußland gewesenen bulgarischen Emigranten die Heimreise angetreten, bis auf Benderew, Bantow und Orujew, welche definitiv in die russische Armee aufgenommen sind.

Einigungscommissionen bei Streiks in den Vereinigten Staaten.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten genehmigte die Bill betreffend die Einsetzung einer Kommission zur schiedsrichterlichen Entscheidung von Arbeiterstreiks.

Die silberne Internationale ist diesseits und jenseits des Ozeans rüftig an der Arbeit, das Gold zu entthronen.

Aus Washington wird gemeldet: Das Finanzkomitee des Senats der Vereinigten Staaten erstattete über den Antrag Wolcott, betreffend die Ernennung eines Ausschusses, der die Vereinigten Staaten auf einer eventuellen internationalen Münzkonferenz vertreten soll, einen günstigen Bericht.

Cuba.

Auf dem Umwege über Madrid wird — anscheinend spanisch-offiziös — folgendes berichtet: Zur Unterdrückung des auf Cuba herrschenden „Banditentums“ haben die Behörden strengste Maßregeln ergriffen. Der Ministerath ist hier noch versammelt, um weitere Schritte zu beschließen.

In spanischen Regierungskreisen wird berichtet, daß keine Nachrichten aus Cuba eingegangen seien; nach Privatdepeschen sollen die Aufständischen einen ersten Charakter annehmen, 24 Rebellen sollen erschossen worden sein.

Die marokkanische Kriegsschädigung.

Ueber die Verhandlungen zwischen dem marokkanischen Gesandten und der spanischen Regierung wird gemeldet, daß Marokko die Erlaubniß erhalten hat, die noch zu zahlende Kriegsschädigung von 12 900 000 M. vor dem festgesetzten Termin mit 6 pCt. Sconto zahlen zu können.

Kriegerisches aus Südafrika.

Eine Depesche aus Pretoria berichtet, der König der Swazis laufe Gewehre und

Munition und besetze die Höhlen; die Eingeborenen seien entschlossen, gegen Transvaal Krieg zu führen. Der Repräsentant der Transvaalrepublik in Swaziland, Keogh, meldet dagegen, daß dort alles ruhig sei.

Parlamentarisches.

Die Umsturzkommission.

Die Reichstagskommission für die Berathung der Umsturzvorlage trat am Mittwoch in die Debatte über den § 130 der Vorlage ein. § 130 des Strafgesetzbuches lautet jetzt: Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft. Die Vorlage verlangt noch den folgenden Zusatz: Derselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich anpreist.

Der Vorsitzende Abg. Böttcher (natl.) theilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß eine Protestresolution gegen die Vorlage vom Münchener Journalisten-Verein eingeklagt sei. Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung eingeklagt sei die Einspinne er folgendes in Protokoll. Seitens der sozialdemokratischen Presse seien seine Mittheilungen betr. den Sozialdemokraten Görges in Stendal, welcher sich bei der Verbreitung der Broschüre „O welche Lust Soldat zu sein“ betheiligte, als unrichtig dargestellt worden. Görges selbst habe im „Vorwärts“ vom 9. d. M. erklärt, eine solche Aeußerung nicht gethan zu haben. Die Regierung habe nun von der Polizeiverwaltung in Stendal weitere Aufschlüsse eingefordert und diese gehen dahin, daß Görges allerdings in der ihm (Redner) geschilderten Weise sich ausgesprochen habe.

Abg. Mintelen (Z.) hat seinen famosen Antrag, der die Zeugung des Daseins Gottes und der Unsterblichkeit der Seele unter Strafe stellen soll, wie folgt modifizirt. Danach sollen in dem Zusatz zu § 130 die Worte „die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum“ durch die Worte „die bestehende Staatsform“ ersetzt werden, ferner soll ein neuer Paragraph mit folgender Fassung eingeschoben werden: „Mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor mehreren oder durch Druck, Schrift oder Bild den Glauben an Gott oder die Unsterblichkeit der Seele oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe oder Familie angreift.“

Abg. Mintelen führt zur Begründung seines Antrags aus: Der Antrag sei bestimmt, die Worte des Kaisers, betreffend den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung, in der Praxis durchzuführen. § 130 der Regierungsvorlage beziehe sich nur auf allgemeine Dinge und Begriffe, es sei aber notwendig, auf konkrete Fälle und Begriffe zurückzugreifen. Im Hinblick auf die in Deutschland existirenden Republiken halte er es für angebracht, statt „Monarchie“ das Wort „bestehende Staatsform“ zu setzen. Es komme hauptsächlich auf den Schutz der Person des Monarchen an und das thue ja bereits das heutige Strafgesetz. Das Eigenthum könne nicht zum Gegenstand eines speziellen gesetzlichen Schutzes gemacht werden, denn sein Begriff stehe weder wissenschaftlich noch historisch fest. Ebenso existire kein einheitlicher Begriff für das Wort „Religion“. Es gebe viele Religionen, die sich alle mehr oder weniger von einander unterscheiden, aber allen sei als gemeinsame Grundlage der Glaube an das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Menschenseele gegeben. Diese beiden Glaubenssätze bildeten die Grundlage des ganzen Christenthums, das wiederum als die Grundlage unseres ganzen Kulturlebens anzusehen sei. Die Vorschläge der Regierung würden die ärgsten konfessionellen Konflikte im Gefolge haben. Die Regierungsvorlage wolle die beschimpfenden Aeußerungen treffen. Aber die Thaten der Religion wenig Eintrag und seien nicht gefährlich. Viel gefährlicher seien die in seiner und eleganter Weise unter angeblicher Berufung auf die Wissenschaft erfolgenden Angriffe wider die Religion und ihre Grundlagen. Die moderne Wissenschaft sei verantwortlich für die Untergrabung des Gottesglaubens, wie aus den Werken moderner Schriftsteller sehr leicht zu beweisen sei. Er wolle nur auf Bodenstedt und Paul Heise hinweisen. Diese Literatur vergifte die Volksseele, indem sie den Zweifel an Dasein Gottes nährte. Sie sei die allergefährlichste und müsse in erster Linie getroffen und ihre Verbreitung unmöglich gemacht werden, wenn man wieder zu einer Erziehung auf wahrhaft christlicher Grundlage gelangen will. Was sich heute „Wissenschaft“ nenne, sei von verderblichstem Einfluß auf die Jugend, besonders die akademische. Er habe das als junger Student an sich selbst erfahren, auch sein Glaube sei einst erschüttert worden. Hier handele es sich um den Schutz dessen, was der menschliche Geist nicht fassen könne, was sich nur glauben lasse. Früher sei der Unglaube ein Privilegium der sogenannten Gebildeten gewesen, im Volke habe man davon nichts bemerkt; jetzt aber sei der Unglaube bis in die untersten Schichten des Volkes eingedrungen und deshalb nun so bedenklicher. Dem ernstlich daran lege, daß nach den Worten des Kaisers dem Volke die Religion erhalten werde, der müsse für seinen Antrag stimmen. Durch die Regierungsvorlage würden nur ungebildete und thörichte Leute, die unüberlegte Aeußerungen thun, getroffen werden, nicht aber die Nährväter und Urheber des Unglaubens auf den Lehrstühlen der Universitäten.

Abg. Graf Noo (Dl.) ist mit dem Grundgedanken des Mintelen'schen Antrags durchaus einverstanden, leider würden sich die überaus beherzigten, werthen Wünsche des Zentrums nicht im Rahmen dieser Vorlage erfüllen lassen. Die Vorlage sei doch nur ein Abwehrgeß, während der Antrag Mintelen tiefe einschneidende Reformen verlange. Er wolle ausdrücklich erklären, daß er die Wissenschaft, die den Thron Gottes umstürzen, den Gottesglauben vernichten und an seine Stelle die Herrschaft der sogenannten Vernunft setzen wolle, bekämpfen wolle. Er sei bereit zu Maßnahmen dagegen, aber diese ließen sich nicht in dem Rahmen des vorliegenden Gesetzes ergreifen. Redner beantragt schließlich, dem Zusatz der Regierungsvorlage folgende Fassung zu geben:

„Derselbe Strafe trifft denjenigen, welcher das Christenthum, die Heiligkeit des Eides, die Monarchie, die Ehe, die Familie, oder die Unverletzlichkeit des Privateigenthums durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift, welche geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden.“

Wenn sein Antrag nur Schutz für das Christenthum verlange, so solle man nicht daraus folgern, daß er die Beschimpfung der Juden freigeben wolle, aber Deutschland sei doch ein christlicher Staat und da könne das Judenthum doch nicht denselben Schutz beanspruchen wie das Christenthum. Dem Eide müsse der christliche Charakter gewahrt bleiben, wie seiner Heiligkeit nicht Abbruch geschehen solle. Die Republiken in den Bundesstaaten bedürften keines besonderen Schutzes, sie seien durch die Verfassung genügend geschützt und das Reich sei ja zu dem eine Monarchie.

Abg. Dr. Barth (fr. Vgg.) wendet sich gegen beide Anträge. Dem Antrag Mintelen sei die logische Konsequenz nicht abzuspüren. Wer auf dem religiösen Standpunkt des Abgeordneten Mintelen stehe, der verjähre nur konsequent, wenn er die ganze große Gruppe derjenigen Literatur vernichten wolle, welche den Zweifel an den religiösen Dogmen glauben in die Menschen hineinbringe. Würde der Antrag Mintelen Gesetz, so müßte der größte Theil unserer Literatur, der größte Theil des Bestandes unserer Bibliotheken vernichtet

oder wenigstens der allgemeinen Benutzung unzugänglich gemacht werden. Der Antrag greife unsere gesamten Kulturereignisse an, er sei wertvoll, insofern er die Absichten des Zentrums bei dem Umsturzgesetz klar enthülle. Sollte der Antrag Gesetz werden, würde man ihn doch nicht ernst nehmen. Das Volk würde den Urheber und Verteidiger eines solchen Gesetzes einfach auslachen. Redner wendet sich dann gegen den Versuch, die Staatsform besonders schützen zu wollen. Wenn man einen solchen Schutz speziell für die monarchische Staatsform schaffe, so bringe man den Volksmassen die Meinung bei, daß die bestehende Staatsform die Kritik nicht vertragen könne. Ebenso stehe es mit dem Gottesbegriff, der ebenso wenig ein einheitlicher und feststehender sei, wie der Religionsbegriff. Der religiöse Charakter der Ehe könne gesetzlich gar nicht betont werden, denn schon die gesetzliche Institution der Zivilehe sei ja dann ein Angriff auf diesen religiösen Charakter. Die Zivilehe beruhe doch auf dem Gedanken, daß die Ehe einen religiösen Charakter nicht habe und die Zivilehe sei doch ein Theil der bestehenden Staatsordnung, die man vor dem Umsturz bewahren wolle.

Staatssekretär Niederding: Die vorliegenden Anträge erschweren der Regierung ihre Stellung. Der Zentrumsantrag decke sich nicht mit der Tendenz der Regierungsvorlage und gehe zu weit. Neben dem religiösen Charakter der Ehe müsse auch die bürgerliche Grundlage dieser Institution geschützt werden. Er bitte die beiden Anträge hintereinander und Koon abzulehnen und der Fassung der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Abg. Seneccerus (nll.): Der Antrag hintereinander sei unannehmbar, er würde nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des Glaubens an Gott zur Folge haben. Man solle der Regierungsvorlage zustimmen, die sich nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern nur gegen die wüste Massenagitation richte. Auch dem Antrage Koon könne er nicht zustimmen, weil er nur eine Verschlechterung der Vorlage involviere.

Abg. v. Salisch (nl.): bestreitet das letztere; nur die christliche Religion bilde die Grundlage des Staates, nicht auch die jüdische.

Abg. Zimmermann (Antis.) wendet sich gegen beide Anträge.

Abg. Wedel (Soz.): Der Zentrumsantrag charakterisiere sich als ein auf das ganze freie Denken gerichteter Angriff. Abg. Hintelen habe sich die Begründung sehr leicht gemacht. Wenn es, wie er behaupte, wahr sei, daß die Natur den Glauben an Gott eingepflanzt habe, dann müsse er doch unerschütterbar sein und brauche nicht erst durch Strafgesetze geschützt werden. Sei die Religion etwas vom allmächtigen Gott gewolltes, dann könne sie nicht durch Menschenkraft vernichtet werden; sei sie das aber nicht, so werde man mit Strafgesetzen zu ihrem Schutze nichts ausrichten können. Aus dem bekannten Worte „die Religion müsse dem Volke erhalten werden“, sei deutlich erkennbar, daß man damit doch lediglich bezwecke, die wandelbare Ordnung der Dinge unter Berufung auf die angeblich unantastbare Religion zu schützen. Seit Jahrtausenden, so lange Kulturmenschen existieren, habe die Frage nach dem Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Seele Anlaß zu den heftigsten Auseinandersetzungen gegeben. Der Zweifel sei der Vater allen Fortschritts von jeher gewesen, und das werde auch so bleiben. Das beweise ja auch die Geschichte der Religionen. Welche Wandlungen habe die Religion nicht im Laufe der Zeiten durchgemacht, und nun untertage man sich am Ende des 19. Jahrhunderts des ungeheuerlichen Beginns, die Kritik religiöser Vorstellungen unmöglich machen zu wollen, man möge doch nur beachten, wie die christlichen Konfessionen untereinander sich gegenseitig verlästern und mit den denkbar beschimpfendsten Neußerungen herunterreißen. Zum Beweise, wie man in den vierziger Jahren auch in bürgerlichen Kreisen über die Unsterblichkeit der Seele ergötzt habe, zitiert Redner die folgenden Strophen eines Gedichtes des Frankfurter Dichters und Aesthetikers Wilhelm Jordan:

Ihr glaubt, sie reiten nur ihr Stedenpferd,
Die Hirten, wenn sie Dome, Klöster bauen?
Ihr irrt! Schon saßt sie vor dem Flammenschwert
Des freien Denkens ein gewaltig Grauen!
Dies soll des Glaubens schlimmer Noth zeressen,
Sie wissen's wohl, die Frömmigkeit macht dumm,
Ein Pfaffenknecht, von Himmelsfurcht besessen,
Hält auch vor ihnen seinen Rücken krumm.

Wie heiß vom Knechtschaftslöh die Herzen glühen,
Es wird ihr Streben nicht gekrönt vom Ruhme:
Nur auf der Gruft des Christenthums zu blühen
Vermag die wundervolle Freiheitsblume.
Man laßt den Fuß sich auf den Nacken setzen,
Bis daß man merkt, daß man alles raubt;
Wie soll das Volk zum Kampf die Schwerter wehen,
So lang' es an ein künstig Leben glaubt?

Doch wie es erst, daß wir nur ein mal sind,
So wird es sich nicht dumpf darin ergeben,
Daß lauter Schmach dies eine Sein umspinnet;
Dann wird es kämpfen für die eine Leben,
Bis jegliche Tyrannenburg zerfallen,
Bis daß verschunden Purpur und Talar,
Bis alle gleich zum Tisch des Lebens wälsen,
Bis niemand kniet vor Thron und vor Altar.

Es sei die tollste Absurdität, Gesetze zum Schutze der Religion, der Ehe u. machen zu wollen. Redner konstatiert, daß selbst Martin Luther in seinem Traktat „Von ebelichen Leben“ und in sonstigen Schriften einen religiösen Charakter der Ehe nicht anerkannt, dieselbe vielmehr lediglich als Institution zur Wahrung der Eigenthumsinteressen erachtet und selbst die Bigamie nicht verworfen bzw. als nicht der heiligen Schrift widersprechend angesehen habe. Wenn man schon die Ehe schützen wolle, so möge man doch dem Unwesen der Heirathsannoncen entgegenzutreten. Solche Annoncen finden sich u. a. auch in der „Vossischen Ztg.“, einem respektablen bürgerlichen Blatte (Zurufe von konservativer Seite: Ist das ein respektables Blatt? Zurufe von sozialdemokratischer Seite: Mindestens so respektabel wie die „Kreuzzeitung“.) Wer sich erlauben sollte, die Eheform als historische Erscheinung hinzustellen, könne nach der Vorlage wegen dieser ehrlichen Kritik bestraft werden, wer aber die Ehe wirklich beschimpfe und das Weib, das sich auf öffentlichen Markte feilbiete, laufe, der gehe strafflos aus. Redner geht schließlich auf die historische Entwicklung des Begriffs der Monarchie ein, es ist inzwischen aber die Zeit des Beginns der Plenaufhebung herangerückt. Der Redner bricht deshalb ab und wird bei Beginn der nächsten am Freitag stattfindenden Sitzung fortfahren.

Parteinachrichten.

Aufforderung. Unterzeichneter ersucht die Parteigenossen von Berlin und Umgegend um die Adresse des Buchbinders Genossen Wilhelm, früher in Ködelheim bei Frankfurt a. M., angeblich zur Zeit in Berlin in Arbeit. — Es handelt sich um die schleunigste Zusendung der Abschrift eines Urtheils des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M.

Höchst a. M. W. Leyendecker, Vertrauensmann.

Von der Agitation. Eine imposante Volksversammlung fand am vergangenen Sonntage in Breslau statt. Der Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Liebknecht war erschienen und sprach über: Die Handwerkerfrage und die Situation im Reichstage. Die Zahl der Zuhörer betrug mehr denn 2500 Personen.

worunter eine große Anzahl Frauen. Tiesem Vortrage, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, folgte nach einer kurzen Pause ein zweiter von demselben Referenten, in welchem er die Tabaksteuer und die sonstigen politischen Zustände behandelte. Unter kühnem Beifall schloß Genosse Liebknecht seine mehr als zweistündigen, überaus lehrreichen und fesselnden Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige von 2500 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich in der Erkenntniß, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit absoluter Nothwendigkeit zur Verwüstung des gesamten Handwerkerstandes durch die Großindustrie führt, mit den lehrreichen Ausführungen des Genossen Liebknecht einverstanden und verspricht, mit größtem Eifer, ungeachtet aller Umsturzgesetze, für die Verbreitung der Sozialdemokratie zu wirken.“ — Auf seiner Rückreise nach Berlin hielt Genosse Liebknecht noch eine Versammlung in Finsterwalde. Diese war ebenfalls überaus stark besucht, besonders konnte der Redner seine Freude über das zahlreiche Erscheinen von Frauen ausdrücken. Auch diese Versammlung bedeutete einen energischen Protest gegen die Politik der Regierung.

Die sozialdemokratische Agrarcommission ersucht durch ihr Mitglied Paul Hug, Bank in Oldenburg, die Parteigenossen in der Provinz Hannover, alles auf die Agrarverhältnisse bezügliche Material, das sie besitzen oder beschaffen können, an den Genannten einzusenden. Derselbe verspricht hauptsächlich auf sachliche, wahrheitsgetreue Berichte über die Lage der ländlichen Arbeiter, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Groß- und Mittelbetrieben, über die Lage der Groß-, Klein- und Mittelbauern, die Entwicklung der Besitz- und Betriebsverhältnisse, über Rentabilität, Verschuldung und über das Kreditwesen. Neben der Schilderung thatsächlicher Verhältnisse würde amtliches Material, als Statistiken, Verordnungen, wissenschaftliche Aufsätze und Abhandlungen über die Agrarfrage, soweit sie nicht lediglich allgemeines, sondern auf die genannten Gebiete bezügliche behandeln, willkommen sein.

Eine Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Essen findet am 3. März dort statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl eines Kreis-Vertrauensmannes. 2. Gehören wir weiter dem rheinischen Agitationsbezirk an, oder wenden wir uns nach Westfalen. 3. Propagandafragen. 4. Verschiedenes.

Eine öffentliche Parteikonferenz für den 17. hannoverschen Wahlkreis, die am Sonntag in Harburg stattfand, war von 17 Delegirten besucht. Der Vertrauensmann betonte in seinem Bericht, daß der Mangel an Lokalen der mündlichen Agitation die größten Schwierigkeiten bereite. Laut Kasfenbericht war vom 1. November 1893 bis 31. Dezember 1894 eine Einnahme von 6075,99 M. zu verzeichnen. Die Ausgabe betrug 5464,18 M.; demnach verbleibt ein Kasfenbestand von 611,86 M. Die Gründung des Harburger „Vollstättens“ wurde von allen Seiten als vortheilhaft anerkannt. Die Wilhelmshäger Delegirten erklärten, daß sie im Frühjahr die Agitation für die Presse mit aller Macht betreiben würden. — Als Kandidat für den 17. hannoverschen Wahlkreis bei einer eventuellen Reichstagswahl wurde Genosse Baerer einstimmig gewählt. Betreffs der Stellungnahme zu den am 17. hannoverschen Wahlkreis angrenzenden Wahlkreisen bezw. der Agitation war man der Ansicht, daß, da viele Wahlkreise ineinander greifen, die Agitation erleichtert und trotzdem mehr mit Erfolg betrieben werden könne, wenn die Agitation gemeinsam mit den angrenzenden Wahlkreisen betrieben werde. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, sobald im 16., 18. oder 19. Wahlkreis eine Konferenz stattfindet, dieselbe vom 17. aus durch zwei Delegirte zu beschicken.

Gelegentlich des Berichts über den Stand der „Sächs. Arb.-Ztg.“, der vor einigen Tagen in einer Parteiversammlung in Dresden gegeben wurde, theilte der Referent Genosse Raden mit, daß über die Redakteure des Blattes im Vorjahre ca. 4000 M. Geldstrafe und über 2 Jahre Gefängnißstrafe verhängt worden sei. — Und das ohne Umsturzgesetz!

Reichstagskandidatur. In einer Parteiversammlung in Eisenach wurde der Genosse Paehold als Kandidat zum Reichstag für den III. Weimarer Wahlkreis vorgeschlagen. Neben der regsten Thätigkeit, welche die Genossen des Kreises zu entfalten versprechen, hoffen sie bei der Wahlagitation auf die Unterstützung der Partei. Im übrigen protestirte die Versammlung durch eine Resolution gegen die unzulässige Haltung des Weimarer Ministeriums betreffs der Ansetzung des Wahltermins.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Wegen Verleumdung des Redakteurs des „Freiburger Boten“ wurde am 11. Januar Genosse Feldmann vom Reichsobersten Landgericht zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die gegen dies Urtheil eingelegte Berufung wurde am 22. Februar von der schweidnitzer Strafkammer verworfen.

— **Polizeiliche Begründung.** Wir registrierten kürzlich unter dieser Rubrik ein Versammlungsverbot auf Leipzig. In einer Schutzmacherversammlung hatte der Genosse Max Wedel über: „Freie Liebe“ sprechen sollen. In der Begründung des Verbots sagt das Polizei-Amt u. a., daß Wedel in der letzten Zeit mehrfach das Wort habe entzogen werden müssen, „eine Maßregel, die bei dem undotmäßigen, gewaltthätigen Charakter weiter sozialdemokratischer Arbeiterkreise fast immer die Gefahr der Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit sich bringt.“ — Wir fragen, so bemerkt hierzu die „Leipziger Volks-Zeitung“, welche Erscheinungen und Thatsachen liegen vor, die dem Polizei-Amt auch nur den Schein des Rechts geben, gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft solche, durch nichts zu rechtfertigende Beschuldigungen zu schandern. Seit einer längeren Reihe von Jahren hatten wir Gelegenheit, die sozialdemokratischen Versammlungen zu beobachten, die zu ihrem Vortheil durch ihre würdige Ruhe und Ordnung von mancher Versammlung gegnerischer Parteien abhaken. Das Zeugnis hundertjähriger ehrlicher Wegner steht uns hierfür zur Seite. Und da wagt es das Polizei-Amt, gegen die Leipziger Arbeiterschaft den Vorwurf der Unbotmäßigkeit und Gewaltthätigkeit zu erheben!

Aufgelöst wurde eine Protestversammlung in Dresden, in welcher Reichstags-Abgeordneter v. Elm über: „Die Tabaksteuer und ihre Wirkung“ referirte. Der Saal war überfüllt. Der Referent konnte seinen 1 1/2 stündigen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag beenden, in der Diskussion aber versuchte ein Redner über die Affäre „Fuchs und Mähi“ zu sprechen. Ihm wurde das Wort entzogen, es kam darüber zu einigem Tumult und dem folgte die Auflösung.

Soziale Ueberblick.

Die „Freie evangelisch-soziale Konferenz“ für den Bezirk Wiesbaden tritt am 4. und 5. März in Limburg zusammen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: „Das Recht auf Arbeit.“ Vortrag von Prof. D. Hermann-Warburg nebst Diskussion; „Die Nothlage der Landwirtschaft und ihre Abhilfe.“ Vortrag von Prof. Dr. Mathgen-Warburg nebst Diskussion; „Die Predigt und die soziale Frage.“ eine Nachlese zu den Frankfurter Verhandlungen von Prof. D. Zimmer-Herborn nebst Diskussion. „Die Vertheilung der Sozialdemokratie.“ Vortrag von Pfarrer Naumann-Frankfurt nebst Diskussion.

Mit den „Wohlthaten“ der Zentral-Arbeitsnachweisstelle für Rheinland und Westfalen

in Lüsseldorf sucht die Köhler'sche „Korrespondenz“ in einer ihrer letzten Nummern zu kritisiren. Es heißt da, daß im Jahre 1894 930 Arbeitslose untergebracht worden sind gegen 739 im Jahre 1893. Unter den 930 Personen befanden sich 228 Arbeiter und Ausländer, 78 Hausknechte, Diener, Bäcker, Pfleger und Portiers, 88 Kutsher, Acker- und Fuhrknechte und Landarbeiter, 508 Handwerker, 14 Schreiber, Kommiss, Reisende und Buchhalter und 24 Dienst- und Fabrikmädchen. Die Herberge der Zentral-Arbeitsnachweisstelle hat im Jahre 1894 14 195 Nachgäste aufgenommen. Ferner wurden 14 424 Portionen Mittagessen, 13 265 Portionen Abendessen und 31 054 Kaffeeportionen verabreicht. Der Superalter des Entzückens wird erreicht bei der Kundgebung, daß ein Drittel der „Gäste“ (wird heißen der Opfer des heutigen Wirtschaftssystems) nicht bloß Verpflegung und Unterkommen verdient, sondern auch noch für die von ihnen geleistete Arbeit 1896,10 M. an Lohn ausbezahlt erhalten hat. Diese Summe, vertheilt auf ein „Drittel der Gäste“, ergibt also pro Person noch nicht 40 Pfennige. Welch ein ungeheurer Fortschritt unserer Sozialreform. Aber kommt denn dem Herrn v. Köhler nicht ein leiser Zweifel an über die Vortrefflichkeit der von ihm verteidigten Ordnung, wenn er liest, daß allein in einer Stadt pro Jahr über 14 000 „Landstreicher“ von den zweifelhaften Wohlthaten der berüchtigten Zentralherberge Gebrauch machen müssen?

Die **Polizeistunde** in Barmen ist auf langes Drängen der dortigen Birthe bis auf 1 Uhr verlängert worden, d. h. für alle diejenigen Birthe, deren Führung zu Ausstellungen keinen Anlaß giebt. Die Neuernung ist gewiß zu begrüßen, es fragt sich nur, was die Polizei unter guter „Führung“ verstehen wird. Selbstverständlich sollte es sein, daß politische Erwägungen nicht Platz zu greifen haben, aber freilich —

Die **Schädlichkeit des Phosphors für die Zündholzarbeiter.** Die Arbeitergenossenschaft der Zündholzarbeiter Frankreichs hat der Deputirtenkammer ein Bittgesuch eingereicht, welches das Verbot des weißen Phosphors in der Zündholzfabrikation bezweckt. In der betreffenden Eingabe betont die Arbeitergenossenschaft, daß die Verarbeitung gerade dieses Phosphors eine der gefährlichsten ist, und die schrecklichste Krankheit des Zahnekrozes zur Folge hat, welche unter den unglücklichen Arbeitern wüthet, und immer mehr und mehr Verheerungen anrichtet. Die Streichholzarbeiter verlangen, daß die Kammer die weitere Benutzung dieses Giftes untertage, und an dessen Stelle den rothen oder amorphen Phosphor zu benennen. Mehrfache Vorschläge waren schon in der Parlamentssession 1888/89 gemacht worden, brachten aber, obgleich sie von der Kammer angenommen worden waren, den Arbeitern keinerlei Verbesserung. Auch gegenwärtig sind mehrere Arbeiter im Hospital in Behandlung. Einer davon wurde schon zu wiederholten Malen operirt. Es handelt sich diesmal darum, den ganzen Unterkiefer zu entfernen, nachdem ihm in einer früheren Operation schon ein Theil des Oberkiefers genommen worden ist. — Es ist, schreiben französische Blätter, endlich an der Zeit, daß maßgebenden Orts diese trostlosen Zustände in der Zündholzfabrikation endlich in Erwägung gezogen und Abhilfe geschaffen wird. In Belgien, wo die Streichholzfabrikation frei ist, ist der Gebrauch des weißen Phosphors schon seit langem untersagt.

Arbeiterentlassungen. Auf der Grube „Königsborn“ bei Dortmund ist etwa 120 Arbeitern gekündigt worden. — Auf einer andern Grube, der Grube „Zentrum“, wurde ein Mann entlassen wegen Mangel an Absatz.

Frauenarbeit. Die Telegraphenverwaltung von München stellt etwa 60 Damen in den Telephonendienst. Gemeldet haben sich bereits mehrere Hundert, gewiß ein Zeichen, wie immer mehr junge Mädchen gezwungen sind, in den „Kampf ums Dasein“ mit einzutreten.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Militärärznenarbeiter. Verschiedene Mißthelligkeiten, hervorgerufen durch das unkollegiale Verhalten eines Mitarbeiters, haben sich heute 5 Mann veranlaßt, die Arbeit bei dem Hoflieferanten Herrn Rückart, Vorothersstr. 11, niederzulegen. Wir erwarten von den Kollegen, daß sie die Beschlüsse unseres Vereins hoch halten und die genannte Werkstatt als gesperrt betrachten. Näheres erfahren die Kollegen in der Versammlung, welche am Sonnabend, den 2. März, abends 9 Uhr, bei Röllig, Neue Friedrichstr. 44, stattfindet.

Gewahrgelt wurde in Magdeburg der von den dortigen Bäcker-Arbeitern als Delegirter zu dem kürzlich hier in Berlin stattgehabten Bäckerkongress gefandene Bäckergefelle C. A.

Der Streik in der Metallwaarenfabrik von Gries u. Co. in Leipzig ist nach Lage der Dinge für die Arbeiter als verloren zu betrachten. Von den 15 Streikenden sind acht theils abgereist, theils haben sie anderweitig Arbeit gefunden. — Obgleich bisher unorganisiert, war die Haltung der Streikenden eine musterhafte; keiner von ihnen ist bis jetzt an den verlassenen Arbeitsplatz zurückgekehrt. Es sind sieben Mann, darunter drei verheirathete, noch ferner zu unterstützen. Kollegen, wir appelliren an eure Solidarität, ihnen finanziell helfend beizuhelfen. Der Zug von Metallbrüdern nach Leipzig ist fern zu halten. Im Antrage des Streikkomitees: G. Reichel.

Was stramme Organisation vermag. Die Direktion der Norddeutschen Steingut-Fabrik (A. G.) in Begefaß bei Bremen verfuhrte im November v. J. eine Lohnreduzirung bei den Zellerdrehern durchzuführen. Letztere machten aber gehörig Front dagegen und wurden insofern entlassen. Als Antwort wurde die Sperre verhängt, und sind die Plätze dieser entlassenen Zellerdreher bis jetzt dank der Solidarität der Porzellanarbeiter noch nicht besetzt worden, soviel Mühe sich auch die Direktion giebt. Wohl waren mehrere Freunde schon angekommen, doch nach erhaltener Ausklärung von den Kollegen, dampften sie wieder ab. In den letzten Tagen nun hielt der Ausschuß der Aktiengesellschaft den Letzten des Begefaßer Ortsvereins der Porzellanarbeiter eine domnende Stropspredigt und verlangt unbedingte die Aufhebung der Sperre, „widerigensfalls die ganzen Arbeiter entlassen und die Wäde zugeschnitten wird.“ Selbstverständlich werden die Herren sich hüten, letzteres zu thun und weil zur Evidenz aus allem hervorgeht, daß die Sperre gut wirkt, hält der Vorstand der Porzellanarbeiter dieselbe aufrecht, bis die entlassenen Zellerdreher zu den alten Bedingungen wieder eingestellt sind. Also auch hier wollen die Porzellan- und Steingut-Arbeiter die Sperre beachten und Begefaß bei Bremen meiden.

Depeschen.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Triest, 27. Februar. Ein als Frau verkleideter Anstreichermeister, welcher sich bei dem gestrigen Faschingsfest einigen Frauen gegenüber freizeiten erlaubte, erhielt von einer Waise auf offener Straße einen Stich ins Herz, der ihn sofort tödtete. Des Täthters ist man nicht habhaft geworden.

Wien, 27. Februar. Heute wurde die Bucherin Dora Jantola in ihrer auf den Wieden befindlichen Wohnung ermordet und beraubt aufgefunden. Der Mord muß bereits vor acht Tagen verübt worden sein. Der Mörder misannimt seinen Komplizen wurde verhaftet. Er hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß er eine Taufendguldennote wechseln wollte, über deren Ursprung er sich nicht ausweisen konnte.

New-York, 27. Februar. Im Brooklyner Rathhause ist Großsteuer ausgebrochen. Die Kuppel mit der mehrere Tonnen schweren Glocke ist eingestürzt und hat die 25 Fuß hohe Statue der Gerechtigkeit zertrümmert. Das Rathhaus hat durch den Glockeneinsturz großen Schaden erlitten.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 27. Februar 1895, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrates: von Böttcher, von Köller, von Posadowsky.

Zur dritten Beratung liegen die Anträge über die Anrechnung der Beiträge zum Bundesrat in Elsaß-Lothringen.

Abg. **Preis** (Gl.): Der Reichstag hat über das Ausnahme-regime in Elsaß-Lothringen moralisch den Stab gebrochen. Hoffentlich macht die Reichsregierung bald Ernst, um diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen.

Beide Anträge werden ohne Einzelbesprechung angenommen. Hierauf wird die Beratung des Antrages der Abg. **Hige**, **Bachem** und **Genossen** betreffend die gewerblichen Verhältnisse der Arbeiterinnen und der Arbeiter fortgesetzt.

Abg. **Mollenhuth**: Der Abg. Schall glaubte neulich seinen strikten Gegensatz zur Sozialdemokratie betonen zu müssen. Er meinte, die Frau gehöre von Natur, von Gottes- und Rechtswegen ins Haus; und sie dürft sich zurückziehen, müsse die Aufgabe der Gesehgebung sein. Die Stellung der Frau der gegenwärtigen Gesellschaft ist eine völlig andere wie früher. Wenn die Frau früher beim Spinnen, Stricken, Sticken und Nähen u. s. w. reichlich Beschäftigung fand, so sind alle diese Frauenarbeiten jetzt Fabrikarbeit geworden. Wenn die Frau von Gottes wegen in das Haus gehört, so ist es doch eine große Sünde, sich diesem Gebote zu widersetzen. Als Grund seines Widerstandes führt Herr Schall die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit an. Die Industrie würde doch höchstens höhere Löhne zu zahlen haben. Das kann aber Herr Schall mit seinen Anschauungen nicht vereinbaren. Zwar rühmte er, daß in den Spandauer Fabriken viel für das geistige und leibliche Wohl der Arbeiter und Arbeiterinnen getan wird, aber doch ist es ihm nicht recht, weil man uns eine so starke Konkurrenz macht. Wenn in den Dörfern, von denen er sprach, 4,80—6,00 M. den Frauen Wochenlohn gezahlt wird, so muß darunter die Sittlichkeit zu sehr leiden. Herr Schall ist die Fabrikarbeit ein Dorn im Auge. Nur zu oft kämen die Mädchen, die blühend und kräftig in die Stadt gegangen sind, als ausgebrannte Schlacke zurück. Die Fabrikarbeit an sich ist doch nicht so sittenverderbend. Ich empfehle Herrn Schall die Werke des englischen Dichters Dickens, da wird er finden, daß gerade die Fabrikarbeiterinnen ein so ruhiges Leben führen, wie es besser nicht gedacht werden kann. Damals waren Fabrikarbeiterinnen in Amerika sehr schwer zu haben, man mußte deshalb sehr hohe Löhne zahlen und gleichzeitig durfte man auch die Arbeitszeit nicht so sehr ausdehnen. So kam es, daß diese Mädchen ein geradezu musterhaftes Leben führten. Heute sieht es freilich dort auch anders aus. Der Rückgang der Moralität geht Hand in Hand mit dem Steigen der Arbeitszeit und dem Sinken der Löhne.

Herr Schall hat gemeint, wir hätten reichlich Enquêtes gehabt. Allerdings haben wir eine Tabak-, Zucker- und Wärfen-Enquête gehabt, mit der Arbeiterfrage haben wir uns erst zweimal in Enquêtes beschäftigt, 1878 mit den Lehrlingen, Gesellen, Arbeitern, Frauen und Kindern und 1885 mit der Sonntagruhe. Auch bezüglich der Arbeiterstatistik hat der Reichstag nicht viel zu thun gehabt, er hat nur die Mitglieder in die Kommission für Arbeiterstatistik zu wählen gehabt. Diese Kommission hat sich sehr wenig mit den Fabrikanten beschäftigt, sie hat die Wälder, Konditoren, Kaufleute, Müller und Kleinere behandelt und wird in nächster Zeit sich mit den im Transportgewerbe beschäftigten Personen befassen. Also auch hier werden die Fabrikarbeiter selbst nicht betroffen.

Abg. **Möller** beschwerte sich neulich darüber, daß Herr Hige so schnell wieder mit seinem Drängen hervortrete, man sollte eine Zeit lang Ruhe haben, wir hätten durch das angenommene Gesetz, das ein Kompromiß zwischen Theorie und Praxis sei, alles, was möglich wäre, durchgeführt. In wie weit haben hier Theorie und Praxis ein Kompromiß geschlossen? Es könnte höchstens ein Kompromiß der Gesehgebung mit dem Zentralverband deutscher Industrieller sein. Für Herrn Möller kann ich eine ganz interessante Anekdote nennen, auch einen Mann der Praxis, nämlich seinen Bruder und Kompagnon; beide betreiben zusammen ein Geschäft und haben jedenfalls in der Praxis dieselbe Erfahrung. Dr. Karl Möller schreibt: Der elfstündige Maximal-Arbeitstag werde bei uns ebenso wie in Oesterreich und der Schweiz in wenigen Jahren eingeführt sein; die Gründe dagegen seien nur doktrinar und theoretisch. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Möller ist hauptsächlich gegen den Maximal-Arbeitstag für erwachsene Arbeiter, weil er die persönliche Freiheit der Leute nicht einschränken wolle. Sein Bruder führt aber aus, daß es vielmehr eine Beschränkung der persönlichen Willkür der Arbeitgeber sei. Abg. Möller meint, daß dann dem Arbeiter verboten sei, sich emporzuarbeiten, daß es aber Arbeitgeber und Großindustrielle gebe, die sich aus dem Arbeiterhand emporgearbeitet hätten. Will er damit den Arbeitern den Vorwurf machen, daß es ihnen heute an der nötigen Aussicht und Geschäftlichkeit dazu fehle? Dr. Möller erkennt an, daß die lange Arbeitszeit und die starke Ausbeutung der Frauen am meisten in den Gegenden stattfindet, wo die Lebenshaltung eine niedrige ist. Er stellt es so hin, als sei die niedrige Lebenshaltung die Ursache der langen Arbeitszeit und der Frauenausbeutung. Gerade das Umgekehrte ist der Fall. Wenn die Leute schlechter ernährt und weniger ausgerüstet sind, sind sie auch weniger leistungsfähig, und dann sucht man durch Ausdehnung der Arbeitszeit das zu ersetzen, was an intensiver Arbeit abgeht. Die Leute sind deswegen in diesen Gegenden nicht ungeschickter. Man kann tausende von sächsischen Webern in den Distrikten Massachusetts finden, die völlig mit den Amerikanern konkurrieren können, obwohl sie in Sachsen viel länger gearbeitet haben. In dem Antrage selbst müßte danach gefragt werden, wie weit durch die Beschränkung der Frauenarbeit ein Uebergang von der Fabrik zur Landarbeit stattgefunden habe. Jetzt können die Fabrikanten sich der Arbeiter-schutz-Gesehgebung entziehen durch Uebergang zur Hausarbeit. Die Fabrikinspektoren berichten bereits, daß in vielen Fällen die Arbeiterinnen des Abends Arbeit mit nach Hause nehmen. Wenn irgend etwas die materielle und sittliche Lage und das Familienleben gerührt, so ist es die Hausarbeit. Wenn dann ist das Haus nicht mehr das Heim der Familie, sondern zur Werkstätte geworden.

Wir haben schon früher verlangt, die Schutzgesehgebung auch auf die Hausindustrie auszudehnen; alle Parteien haben aber dagegen gestimmt. — Die englische Baumwollindustrie ist trotz erheblich eingeschränkter Arbeitszeit bedeutend in die Höhe gegangen, in den Jahren 1886—89 stieg die Zahl der Spindeln von 21 auf 40,5 Millionen und die Zahl der hierin beschäftigten Arbeiter von 880 000 auf 528 000. Dergleichen Beweise können wir aus allen Ländern beibringen, wo man sich zur Schutzgesehgebung entschlossen hat. Als 1853 der Schuh der Kinderarbeit in Preußen berathen wurde, meinte Herr v. Vinde, daß die Moralität der Kinder darunter leiden würde, wenn sie, statt in einer wohlgeordneten Fabrik zu arbeiten, ausschließlich herumstreifen würden. Als dieses Gesetz 1869 in die Gewerbe-Ordnung aufgenommen werden sollte,

war es der damalige Abg. Stumm, der wahrscheinlich identisch ist mit dem jetzigen Freiherrn v. Stumm-Galberg, welcher beantragte, daß eine Beschränkung der Kinderarbeit von 14—16 Jahren nicht in das Gesetz aufgenommen würde, indem er meinte, in dem preussischen Gesetz habe das wohl gestanden, aber die Beamten haben es nicht ausgeführt, sie sind vernünftiger gewesen als das Gesetz. Das gerade die Fabrikanten gegen die Ausdehnung der Schutzgesehgebung sind, wird dadurch bewiesen, daß die Wäldermeister sich gegen den Zwölfsundentag sträuben, und die Kaufleute gegen eine Ladenschlußstunde. Die Bourgeoisie ist nun einmal so recht hart zum Anarchismus geneigt. Sie werden die Bewegungsfreiheit nicht einengen.

Auch dieser Antrag wird auf Widerstand stoßen, weil man auf sozialem Gebiet nichts unternehmen will. Der persönlichen Ausbeutung sollen keine Schranken auferlegt werden. Deshalb agitieren auch gerade die kapitalistischen Parteien während für das Umsturzgesetz. Nicht vor radikalen Absichten sind Sie bange, sondern vor der Arbeiterbewegung, welche endlich Ordnung auf sozialem Gebiet schaffen will. Man sieht, daß bei der Regierung nicht mehr der Muth der Kaltblütigkeit vorherrscht. Auf der einen Seite wollen Sie die Arbeiter schützen gegen das Kapital und auf der anderen erlauben Sie Gesehe, mit denen das Kapital glaubt, den Fortschritt aufhalten zu können. Wir Sozialdemokraten unterstützen die Arbeiterschutzgesehgebung selbstverständlich. Wir wünschen, daß Klarheit in die Verhältnisse kommt. Deshalb sind wir für den Antrag. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Wirth** (fr. Vgg.) hält die Feststellung des Verhältnisses von Arbeitszeit und Arbeitsleistung einerseits und des Verhältnisses von Arbeitslohn und Arbeitsleistung andererseits für den Angelpunkt der ganzen Arbeiterschutzgesehgebung. Es habe sich herausgestellt, daß keineswegs die Arbeitsleistung im direkten Verhältnis stehe zur Länge der Arbeitszeit, sondern umgekehrt. Neben hohem Arbeitslohn und geringerer Arbeitszeit sei doch die billige Arbeitsleistung möglich. Die Erfahrungen in England, Deutschland und Oesterreich haben dies bestätigt. Die Verhältnisse in den verschiedenen Industrien seien außerordentlich verschieden und darum sei es im höchsten Grade bedenklich, auf gesetzgeberischem Wege zu generalisiren. Man möge lieber aufmunternd dahin wirken, daß die Industrien in ihren Betrieben mit der Reduktion der Arbeitszeit einen Versuch machen. Die Verkürzung der Arbeitszeit würde ein großer kultureller Fortschritt sein sowohl im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmer. (Beifall links.)

Abg. **Häselbein** (Gl.) glaubt, daß es die höchste Zeit sei, diese Frage in Fluß zu bringen. Die Industrie sei des Menschen wegen da, nicht der Mensch der Industrie wegen. Ebensovienig wie man geflanten könne, daß jemand sich verstimmele, ebensovienig dürfe man zugeben, daß jemand durch Ueberstunden sich körperlich ruinire. Der Arbeiter müsse gegen Ausbeutung geschützt werden. Hoffentlich werde die von Hige gewünschte Enquete zu weiteren gesetzlichen Vorschriften führen. (Beifall rechts.)

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe betritt den Saal. Abg. **Schall** (Gl.) weist darauf hin, daß er und seine geistlichen Kollegen berufen seien, für die Arbeiterinteressen einzutreten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Vom Standpunkte des Kapitalismus!) Diesen Vorwurf müsse er mit Indignation zurückweisen. Die Geistlichen predigten in erster Linie das Evangelium für die Armen. Die Frau gehöre ins Haus, nicht in die Fabrik; in dieser Beziehung habe er eine ganz andere Auffassung als die Sozialdemokraten, wie ihn denn überhaupt nichts Dilettantenhaftes vorgekommen sei, als Bedel's Darstellung der Entwicklung des weiblichen Geschlechts. Die Jungfrau und Frau muß für das ewige Leben vorbereitet werden (Weiterlekt bei den Sozialdemokraten). Jawohl, dafür haben Sie (zu den Sozialdemokraten) kein Verhältniß. Die ganze Sozialdemokratie ist urfaul und urzerfressen (Erneute Heiterkeit) und sie hat nichts getan, um die Arbeiterinnen jützlich zu heben. In Spandau und anderen Fabrikorten herrschten bis vor kurzem in dieser Hinsicht geradezu grauenhafte Zustände. Die Maschinenarbeit muß die Arbeiterinnen auch in intellektueller Beziehung schädigen. Die Arbeiterinnen auf dem platten Lande sind besser daran (Zuruf bei den Sozialdemokraten). Sind Jönen die Löhne auf dem platten Lande nicht hoch genug, so verzichten Sie auf die Diäten der Arbeiter und lassen sich ein Pondgut, dann können Sie den Arbeitern höhere Löhne zahlen; wir würden gern allen Arbeitern höhere Löhne zahlen, wenn die anderen Länder mit uns Hand in Hand gingen und wir nicht unter der Konkurrenz des Auslandes zu leiden hätten. Der Antrag Hige hat sich nach den Erklärungen des Staatssekretärs von Böttcher als gegenstandslos erwiesen und seine Annahme hätte nur einen agitatorischen Zweck für die Sozialdemokraten, welche bei jeder Gelegenheit ihren verhassten Einfluß geltend machen. (Präsident von Levetzow nimmt an, daß dieser Ausdruck sich nicht auf Mitglieder des Hauses beziehen soll.) Bei diesen Dingen kommt es nicht an Enquêtes an, sondern auf den inneren christlichen Geist, der alle diese Formen beherrschen muß. (Beifall rechts.)

Abg. **Möller** (Mitl.): Durch solche Enquêtes wird nur wieder Benutzhabung in die Kreise der Arbeiter und Arbeitgeber getragen. Wir können uns auf die Berichte der Fabrikinspektoren verlassen, welche mit der Beantwortung ähnlicher Fragen betraut sind, wie sie Herr Hige gestellt hat. Die Verkürzung der Arbeitszeit halte auch ich für ein erprobenswerthes Ziel, aber es darf nicht auf gesetzlichem Wege erstrebt, sondern muß den einzelnen Fabriken überlassen werden. Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, daß die intensiveren Arbeitsleistung bei verkürzter Arbeitszeit zu einer schnelleren Ausbreitung der einzelnen Arbeitskraft führt. Will man auf diesem Gebiete die Industrie nicht schädigen, so muß man diese Frage auf internationalem Wege zu lösen suchen.

Abg. **Mollenhuth**: Ich kenne die Arbeiterinnen nicht nur von ihrem Gange zu und von der Fabrik, sondern von einer zwanzigjährigen gemeinschaftlichen Arbeit. Herr Schall erblickt den jütstigen Vorwurf gegen einen evangelischen Geistlichen darin, daß er sich als Vertreter des Kapitals ausgiebe. Er hat aber selber am vorigen Mittwoch gesagt: in meiner Gegend bekommen die Mädchen und Frauen 80 Pf. bis 1 M. täglich und müssen sich davon selbst beföhigen und „wir“ leiden bei Spandau ganz erheblich unter der Konkurrenz der königlichen Werkstätten. Die „Wir“ sind doch nur die Arbeitgeber, nicht die Arbeiterinnen. Daß der Arbeitslohn mit der Sittlichkeit der Arbeiterinnen etwas zu thun hat, kann Herr Schall nicht auf der Welt schaffen. Bei 4,80 bis 6 M. wöchentlich können die Arbeiterinnen sich nicht ernähren, benötigen und eigene Wohnräume beanspruchen, sondern sind gezwungen, gemeinsam zu wohnen, worunter die Sittlichkeit leidet. Es giebt keinen so mächtigen Knupper wie die Noth. Der Ruf des Mädchens leidet schon darunter, wenn es heißt, sie bekommt nur 5 oder 6 M. die Woche, wovon sie nicht leben kann. Gift soll in der sozialdemokratischen Lehre liegen, was aber sagt Mephisto von der Theologie? In ihr liegt viel verborgenes Gift und von der Arznei ist's kaum zu unterscheiden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Will Herr Schall erfahren, wo die

Sittlichkeit der Mädchen am meisten gefährdet ist, so nehme er die Lohnstatistik zur Hand und er wird finden, daß die schlechtest bezahlten Mädchen auch die unmoralischsten sind (Zustimmung links). Er vergleiche einmal den Rhein und seine besseren Löhne mit dem Osten und seine vielen unehelichen Geburten. Ist es Herr Schall um die Erhebung der Sittlichkeit zu thun, so verbessere er die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Nach einem Schlußwort des Abg. Hige wird sein Antrag mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abg. v. Hammerstein und v. Mantuffel auf Vorlegung eines Gesehentwurfs, nach welchem Isracliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reiches untersagt wird, in Verbindung mit der ersten Beratung des von den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, Zimmermann und Genossen eingebrachten Gesehentwurfs betreffend die Einwanderung ausländischer Juden.

Abg. **Jacobsohn** (Gl.): Die bei dem Abschluß des Handelsvertrages vom Grafen Caprivi in Aussicht gestellte Hebung der Industrie ist nicht im Stande gewesen, den Ueberschuß an Arbeitskräften, unter welchem wir leiden, aufzubrechen. Wenn unser Volksleben ein so gesundes ist, daß wir thätig einen Ueberschuß zur Auswanderung haben, so ist kein Grund vorhanden, die Einwanderung noch zu begünstigen, namentlich wenn es sich um fremde Elemente handelt, welche unserem deutschen Volksleben schädlich werden können. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen die Einwanderung fremder Juden hindern, weil wir mit den im Lande bereits befindlichen die Erfahrung gemacht haben, daß sie auf das gesammte öffentliche Leben nicht günstig eingewirkt, besonders das Erwerbsleben auf das allernachtheiligste beeinflusst haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aus dem deutschen Mittelstand schallt der Ruf nach einem Gesehe gegen unlaute Konkurrenz. Die Braunschweiger Handelskammer hat eine Zahl von Fällen unlaute Konkurrenz zusammengestellt, und 70 pSt. dieser Fälle kommen auf das Konto der Juden. (Hört! hört! rechts.) Hätte man die Juden vom Hausirhandel ausgeschlossen, so wäre die Klage über den Hausirhandel längst verstummt. Auch am Konkrete sind die Juden vorwiegend beteiligt. Wer eine Pleite gemacht hat, gilt als „sein“, wer eine zweite gemacht hat, als „hochsein“. (Große Heiterkeit.) Die Wanderlager, welche dem christlichen Geschäft die schmächtigste Konkurrenz machen, sind ausschließlich in jüdischen Händen. An die ekelhafte jüdische Kellame, welche selbst vor der Ausnutzung solcher Unglücksfälle wie der Cholera in Hamburg und des Untergangs der „Elbe“ nicht zurückschreckt, brauche ich nur zu erinnern. Den schädlichen Einfluß der Juden in der Industrie, namentlich in der Konfektion und vor allem an der Börse kennt alle Welt. Wir machen uns um unser Vaterland verdient, wenn wir den weiteren Zutritt schädlicher jüdischer Elemente aus dem Auslande verbieten. Die Juden selbst geben ihre schädliche Wirksamkeit zu, indem sie möglichst dagegen vorgehen, wenn man sie und ihre Handlungen als Juden, resp. als jüdische bezeichnet. Wir haben an den Juden in Deutschland vollkommen genug. (Sehr richtig! rechts.) Wir brauchen die Juden aus Galizien u. s. w. nicht und viele Juden wären froh, wenn wir von ihnen die übrigen „Brüder“ fernhalten. Nicht daß gegen die Juden (Ab! links), sondern die Liebe zu unserem Vaterlande und zu unserem Deutschthum und Christenthum hat uns zur Stellung unseres Antrages veranlaßt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Zur Begründung des antisemitischen Antrages erhält das Wort Abg. **Vindwald**: Die Ausbeutung des deutschen Volkes, vor allem im Osten, ist eine Sünde und Schande. Die Bauern werden von den Juden ausgepowert und geknechtet und sind zur Auswanderung in die Industriezentren und nach Amerika gezwungen und vermehren das Heer der Arbeitslosen. Am Wucher in Posen sind Juden nach dem Urtheil des Landraths v. Natufius zu neun Zehntel beteiligt; ähnlich liegen die Verhältnisse in Württemberg, Westfalen u. s. w. Hätten wir ein deutsches und nicht römisches Recht, so könnte unser Bauern- und Handwerkerstand nicht vernichtet und unser Volk nicht systematisch entfüßt werden. Der Ausspruch des bekannten Rosenthal über die Wälder-näherinnen dürfte von allen seinen Glaubensgenossen getheilt werden. Wir wollen nicht weiter dulden, daß unsere Frauen und Töchter darunter leiden. (Lachen und Dho! links.) Ihr Lachen beweist nur, wie tief Sie gesunken sind. (Große Unruhe; Rufe links: Zur Ordnung!) Redner erinnert an den schädlichen Einfluß der jüdischen Presse, an das Eindringen der Juden in die höchsten Beamtenstellen, wobei er den Fall Manchó vorführt, an den Einfluß der Juden an der Börse auf die Brotvertheuerung. Herr v. Köller und der Reichskanzler Fürst Hohenlohe könnten uns die besten Aufschlüsse über den jüdischen Wucher in Elsaß-Lothringen geben. (Heiterkeit.) Die Juden bedrohen nicht allein den festesten Bauernstand, sondern auch den adligen Grundbesitz. Durch ihren wachsenden Reichthum sind sie in die Lage gesetzt, sich in reichlicher Weise die Bildungsmittel zugänglich zu machen, als es die Christen vermögen, wie die Frequenz der Gymnasien in Berlin beweist. (Der Präsident erjucht den Redner, nicht von der Sache abzuschweifen.) Nachdem Oesterreich den Befähigungsnachweis eingeführt, kommen die jüdischen Schnorrer in unser Vaterland, um ohne Kontrolle dem Handwerk Konkurrenz zu machen. Wir können die soziale Frage nicht lösen, wenn wir nicht die Judenfrage lösen. (Beifall rechts.)

Präsident v. Levetzow ruft den Redner nachträglich wegen des Vorwurfs, daß einzelne Abgeordnete tief gesunken seien, zur Ordnung.

Abg. **Voghter** (Soz.): Der erste Redner hat sich wenigstens bemüht, den Antrag sachlich zu begründen durch den Hinweis auf den Ueberschuß unserer Bevölkerung. Er ist aber bald in den Ton des zweiten Redners verfallen, indem er in übertriebener Weise die Theilnahme an Schwindelgeschäften den Juden zur Last legte. Am unlauteeren Wettbewerb sind Juden wie Christen beteiligt und die letzteren in nicht gerade schönen Formen. Man sollte unlauteeren Wettbewerb nur dann einer ganzen Bevölkerungsschicht, Konfessionen, oder, wie Sie sagen, einer ganzen Rasse zum Vorwurf machen, wenn man selbst keine Blöße zeigt. Ich erinnere nur an das Schicksal, das Abgeordneter Zimmermann in Bezug auf seine literarische Thätigkeit hatte, wo durch gerichtliches Erkenntnis festgestellt wurde, daß er sich der Doppelgängigkeit und unlauteeren Motive bedient habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich verwahre mich gegen die Auffassung, als könnte es sich bei unserer Stellung zu den Anträgen um persönliche Sympathie oder Antipathie gegenüber den Juden handeln. Ich gebe ohne weiteres zu, daß verletzete Gefühle dazu führen können, sich der antisemitischen Bewegung anzuschließen, daß es unter den Juden Mißstände und Abergemeine giebt, von denen viele Juden selbst wünschen, daß sie nicht beständen, und daß in vielen jüdischen Kreisen dazu beigetragen werden könnte, daß das Vorurtheil gegen sie nicht noch verschärft würde. Es wird viel zu wenig darauf geachtet, mit welchem Menschenmaterial man es zu thun hat. Man muß auf das öffentliche und politische Leben der Juden nach jeder Richtung Rücksicht nehmen, wie man ja auch bei der sozialen Gesehgebung Rücksicht

an gewisse Bevölkerungsklassen genommen hat. Es wird ver-
gessen, daß das jüdische Volk stärker so behandelt wurde,
daß ein antikes Menschenmaterial daraus werden mußte.
Ganz von selbst mußte der Geschichtsraum noch einer Richtung
angebildet werden und das hat bei ihrer Verurteilung unter
allen Umständen zur Entschuldigung zu dienen. Die Gleich-
berechtigung der Juden wird nach diesen Anträgen selber
oder später angefochten werden. Es handelt sich zunächst
nur um einen ersten Schritt. (Zustimmung rechts.)
Ich freue mich über Ihre Zustimmung. Welche Stellung haben
dann hervorragende Angehörige Ihrer (rechts) Partei früher ein-
genommen? (Zuruf rechts: Das wissen wir!) Fürst
Bismarck war früher Antisemit, hat aber auf dem
Berliner Kongress die Partei der Juden durchgeführt.
Nicht Rassen-, sondern wirtschaftliche Interessen spielen bei
diesen Anträgen eine Rolle. Polen und Juden sind den Herren
wirtschaftlich unbehaglich und die Juden sind der Kräfteprobe,
der vorgeschickt wird, um die Aufmerksamkeit des Volkes von
anderen Fragen abzulenken. Auf den transatlantischen Schiffen
werden deutsche Feizer durch Kulis ersetzt und die Konservativen
des Ostens scheuen sich gar nicht Ihre nach Sachsen gezogenen
Arbeiter durch polnische und jüdische Arbeiter zu ersetzen. Sie sind
ganz anderen Beweggründen gefolgt, als Sie zur Begründung
Ihrer Anträge angeführt haben. Daß Ihnen die antisemitische
Bewegung unbehaglich werden kann, und daß sie eine Art kleiner
Revolution hervorrufen kann, dafür brauche ich nur auf einige
Anmerkungen auf der letzten Generalversammlung des Bundes
der Landwirthe am 18. Februar hinzuweisen. Da sind auch der
„Dannverische Kurier“ und die „Post“ für Juden erklärt
worden. (Abg. v. Langen: Bravo! Große Heiterkeit.) Daß
die antisemitische Bewegung Ihren eigenen wirtschaftlichen
Interessen zuwider ist, beweisen zahlreiche Äußerungen anti-
semitischer Zeitungen und Redner. Wenn von Seiten der
Abgeordneten Jakobstötter und Bindewald die Juden
als Ausbunde des Verbrechertums hingestellt sind,
so hätte man solchen Anklagen gegenüber wenigstens erwarten
sollen, daß sie für diese schwerwiegenden, einen großen Theil der
Bevölkerung schwer beleidigenden Behauptungen, wenigstens eine
Spur von Beweisen gebracht hätten. Wenn Sie jetzt behaupten,
daß ein weiterer Zufluß von Juden nachtheilig sein würde, so
verzweifeln Sie gewissermaßen an der Festigkeit und Haltbarkeit
derjenigen Grundzüge, Sitten und Gebräuche, die Sie selbst ver-
treten. Ueberall, wo es sich um jüdisches Kapital handelt, da
zeigen Sie sich als dessen Gegner, aber Sie sind vereint, wo
es sich um die Verletzung des Großkapitals überhaupt handelt;
da verschwinden die Gegenläge von selbst. Gegenüber den an-
drängenden Forderungen aus dem Handwerker- und Mittelstande
können Sie nichts Besseres bieten. Wir betrachten diese Anträge
nur als ein letztes Ausbissmittel, mit welchem Sie Ihre Ver-
legenheit nach außen hin verbergen wollen.

Abg. Sachsse (l.): Ich möchte auch einige Worte von
meinem sächsischen Standpunkte aus sagen. (Stürmische Heiter-
keit.) Wir können dem Vorredner für seine Ausführungen nur
dankbar sein, sie haben gezeigt, daß die Sozialdemokraten die
wahren Vertreter des internationalen Judenthums sind. (Lärm
und Lachen.) Er wollte Unfrieden zwischen den Konservativen
szen. Jeder gute Deutsche muß Antisemit sein. Wir Sachsen
(Zuruf: Sein bester! Stürmische Heiterkeit) oder die sächsische
Staatsregierung hat dafür gesorgt, daß die jüdischen Ränne
nicht in den Himmel wachsen. Wir haben keine jüdischen Richter
und Lehrer. Aber wir sehen mit Besorgnis, daß Juden unseren löblich-
streuen Handwerker eine unläutere Konkurrenz machen. Geht
es so weiter, dann werden wir Deutsche schließlich in Deutsch-
land die geduldeten und die Juden die Herren sein. Möge die
Regierung dem Antrage Gehör schenken und energisch gegen die
Zofeinde des Deutschthums Front machen. (Lebhafte Beifall
rechts.)

Abg. Paasche (nat.): Wir sind nach wie vor gegen jedes
Ausnahmefesetz gegen die Juden, und die letzten Reden haben
uns in dieser Haltung nicht erschüttern können. Wir wollen
keine Sänge für die Juden brechen, aber wir meinen, es ist un-
gerecht, alle wirtschaftlichen Schäden den Juden aufs Konto zu
setzen. Wir wollen den unlauteren Wettbewerb und die lägen-
hafte Kellame im allgemeinen bekämpfen, aber kein Ausnahmefesetz
gegen einzelne Bevölkerungsklassen machen; darin stimmt
der größte Theil meiner Freunde mit mir überein. (Beifall links.)
Hierauf wird die Sitzung vertagt.
Persönlich bemerkt

Abg. Zimmermann: Der Vorwurf der Doppeltgängerigkeit
ist mir 1886 in einem Prozeß gemacht worden, in welchem ein
rechtskräftiges Urtheil damals nicht zu stande gekommen ist, weil
ein Vergleich zu stande kam. Derselbe Vorwurf ist in einem
zweiten neueren Prozeß wieder angegraben worden, und hier
steht das Urtheil zweiter Instanz noch aus; ich kann
demselben mit ruhigem Gewissen entgegensehen. Für meine
literarische Thätigkeit ist mir in jenem Prozeß durch
den Professor Stern ein sehr günstiges und ehrenvolles
Urtheil zu theil geworden. Dafür, daß Herr Vogt eine Be-
leidigung wiederholt, wegen deren der eigentliche Urheber zu sechs
Wochen Gefängnis verurtheilt worden ist, fehlt mir der parla-
mentarische Ausdruck.

Abg. Vogt: Das Urtheil eines Sachverständigen über
Herrn Zimmermann's literarische Fähigkeiten u. s. w. kommt
hier nicht in Frage; es ist gerichtlich festgelegt, daß Herr Zimmer-
mann sich in seiner literarischen Thätigkeit unlauterer Motive
und der Doppeltgängerigkeit bedient hat.
Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.
(Marine-Stat.)

Tokales.

Den Parteigenossen von Charlottenburg diene zur
Kenntniß, daß die für heute, Donnerstag, angezeigte Versammlung
des Wahlvereins für Telton-Beeslow-Charlottenburg eingetretener
Umstände halber nicht stattfindet. Dafür wird aber im Lokal
Bismarckstraße eine öffentliche Parteiverammlung abgehalten, in
der die Frage der Expedition, die in der am Dienstag ausfallenden
Versammlung nicht zum Austrag gebracht werden konnte, weiter
erörtert werden soll. Besonders gilt es in der Angelegenheit
des Genossen Beyer Stellung zu nehmen, der beabsichtigt, seine
Expedition zum 1. März zu verkaufen. Die Vertrauensleute.

Gegen die „Kinder-Volkstische“ hat sich der Berliner
Rektorenverein erklärt. Die Gründe, aus denen er, trotz
Billigung der Absichten des „Vereins für Kinder-Volkstische“, die
öffentliche Speisung armer Kinder außerhalb der Familie für
bedenklich hält, sind folgende. Er meint, daß dadurch Familien-
sinn und Zartgefühl der Kinder leiden, das Ansehen der Eltern
gefährdet, der Sinn für Wirtschaftlichkeit und Häuslichkeit
untergraben wird und noch mancherlei Uebelstände, z. B. Störung
des Unterrichts, damit verbunden sind. Diese Einwände illustriren
die Hülfs- und Rathlosigkeit der bürgerlichen Klasse gegenüber
der Nothlage des Proletariats sehr treffend. Zu Hause kann es
nichts zu essen geben, entweder weil kein Geld da ist,
oder weil Vater und Mutter den Tag über in der
Fabrik sein müssen. Also muß man den Kindern anderswo ein
Mittagsmahl besorgen, umsonst oder auch für eine geringe Ent-
schädigung. Ja aber, sagen da die anderen, essen die Kinder
anderswo, so schädigt das den Familiensinn der Kinder und die
Wirtschaftlichkeit der Eltern; geht ihr aber das Essen gar um-
sonst, so leidet das Zartgefühl der Kinder, das Ansehen der
Eltern wird gefährdet u. s. w. Als ob Wirtschaftlichkeit und
Familiensinn, auf Zahlungsfähigkeit gegründete Autorität der
Eltern und Zartgefühl der Kinder in denjenigen Familien, die die
Hülfe der „Kindervolkstische“ in Anspruch nehmen müssen, nicht durch
die ewige Noth viel stärker gefährdet würden! Dieselben Einwände sind
auch gegen andere, ähnliche Unternehmungen gemacht worden. Immer

besteht man Vernichtung des Zartgefühls, der Wirtschaftlich-
keit, des Gefühls der eigenen Verantwortlichkeit u. s. w. Und
dann, wenn ihr das nicht wölzt: zum Teufel doch mit euren
„gemeinnützigen“ und „wohlthätigen“ Veranstaltungen! Die
Arbeiterklasse verlangt ja gar nicht nach den Profanen, die die
Bourgeoisie ihr mit gnädigen Blicken zuwerfen will. Die
Bourgeoisie selber ist es, die diese Veranstaltungen nötig zu
haben glaubt, um das Proletariat, das nach einer
menschwürdigen Existenz verlangt, zu beschwichtigen. Wenn
sie heute mehr und mehr davon zurückkommen zu
wollen scheint, so hängt sie eben an, die Erfolglosigkeit
ihrer Bemühungen allmählich selber einzusehen. Wenn übrigens
der Berliner Rektorenverein soweit noch nicht ist und
empfehl, es zunächst noch einmal mit mehr Armenlichen und
mit dem „Verein zur Speisung armer Kinder und Nothleidender“
zu versuchen, so scheint er nicht zu wissen, daß dieser Verein
nicht einmal seinen bescheidenen Zweck, Hungernde zu sättigen,
— als seinen höheren und Endzweck sieht er bekanntlich die
Bekämpfung des „Unfurzes“ an — vollkommen zu erfüllen
im Stande ist. In der letzten Versammlung des Berliner
Lehrervereins“ wußte ein Lehrer zu erzählen, an seiner
Schule habe sich, als in der Nähe eine „Kinder-Volkstische“
eröffnet werden sollte, nun noch hungernden Kindern Um-
schau gehalten wurde, herausgestellt, daß trotz der Frühstück-
vertheilung an Gemeinde-Schulkinder, die der Verein zur
Speisung u. s. w.“ besorgt, doch noch 71 Kinder bis mittags
12 Uhr noch keinen Bissen gegessen hätten. Oder hatte der Anti-
„Unfurz“-Verein mit der „Wohlthätigkeits“-Masse die 71 Kinder
mit Absicht ausgeschlossen, weil sie oder ihre Eltern ihm nicht
würdig genug erschienen?

Ordnungsräthliches aus Charlottenburg. Zur Vervoll-
ständigung der Mittheilung „Eigenthümliches und Ordnungs-
räthliches“, die wir in Nr. 46 brachten, können wir noch folgendes
berichten: In der Sitzung der Stadtverordneten vom 13. Februar
hatte der Magistrat beantragt, dem „Verein gegen Ver-
armung“ 1500 M. zur Unterstüßung seiner Armen aus städtischen
Mitteln zu bewilligen. Unsere Genossen Beyer und Bernicke
stellten hierzu den Antrag, die Unterstüßungssumme auf 5000 M.
zu erhöhen, sie aber nicht durch den Verein gegen Verarmung,
sondern durch Magistratsbeamte direkt an die Armen und
Arbeitslosen auszahlen zu lassen. Ferner wollten unsere beiden
Parteigenossen natürlich die Klausel angefügt wissen, daß aus
diesen Unterstüßungen heraus den Armen nicht das Tabakrecht entzogen
werden dürfe. Bei Begründung des Antrages wies Beyer a. a. auf die
ungenügende Garantie hin, welche der Verein gegen Verarmung
gegen die Möglichkeit biete, daß statt der wirklich Bedürftigen
wortgewandte Gewohnheitschnorrer die Unterstüßung bekämen.
Hierauf großer Entrüstungslärm bei den Ordnungsmännern.
Herr Stadtrat Stegmann, der Vorsitzende des Vereins
gegen Verarmung erklärte vom Magistratsstisch aus, daß
bei den im vorigen Jahre gewährtesten Unterstüßungen,
die durch Magistratsbeamte vertheilt worden seien, eher ungerecht
verfahren worden sei, der Verein hingegen würde gerecht
handeln. Vielleicht wird die vornehmende Revision des neuer-
dings so eigenthümlich bloßgestellten Vereins die Wichtigkeit der
von Beyer vertretenen Anschauung noch mehr als bisher be-
stätigen.

Als ein Zeichen der herrschenden Arbeitslosigkeit
können auch die Anfragen um Beschäftigung im — Kriminal-
gebäude betrachtet werden. Ein Gerichtsberichterstatter schreibt
darüber: Ein großer Andrang von „Gerichtsdienern“ besteht
seit kurzer Zeit an den Berliner Amtsgerichten. Der zur Ver-
öffentlichung gelangte Mangel, daß jetzt sogar Soldaten in Uni-
form den Gerichtsdienst versehen, hat zur Folge gehabt, daß
jeden Morgen ganze Schaaren von Arbeitslosen sich melden, um
zum Botendienst herangezogen zu werden. Da kommt einer in
langen Schmierstiefeln und verlangt, indem mit dem Schuhschne-
ger nicht mehr zu verdienen ist, als Gerichtsdieners seine An-
stellung. Nach seinem Ermessen kann er, die Allen von einer
Abtheilung zur anderen zu tragen, diesen Dienst genau so korrekt
versehen, wie die Soldaten. Ein anderer wieder behauptet,
ebenso gut berechtigt zu sein, als Militäranwärter angestellt zu
werden, wie die älteren Gerichtsboten; er habe auch seiner
Militärdienst genügt und sogar die Feldzüge mit-
gemacht, ob man gerade den Zivilversorgungsschein besitze,
daran könne es bei einem so gering besoldeten Dienste doch
wahrlich nicht ankommen. Ein dritter ist wieder ganz bereit,
für 68.75 M., sowie beträgt das Monatsgehalt des Gerichts-
dieners bei 8 stündiger Arbeitszeit, den Dienst vorläufig anzu-
nehmen, bis erst zum Frühjahr die Arbeit wieder beginnt, denn
nach seiner Berechnung könne man mit einer Familie unter 3 M.
pro Tag nicht leben. In dieser Weise werden jetzt täglich die
Kostelose der Gerichte von unzähligen flehentlichen „Gerichts-
dienern“ mit Anfragen und Gesuchen bedrängt. Natürlich müssen
dieselben kehrt machen oder werden zum ersten Gerichtschreiber
gesandt, der die anfragenden Kandidaten ebenfalls abweist.
Selbstverständlich bleibt der Mangel an Gerichtsdienern, da der
Etat für neue Anstellungen noch nicht bewilligt ist.

Der Berliner Jahrmärkte. Die für das Jahr 1895 in
Berlin am 22. bis 25. Mai und vom 29. bis 31. Oktober
festgesetzten Jahrmärkte werden, wie das Polizeipräsidium mit-
theilt, mit Genehmigung des Provinzialraths auf den 8. bis
11. Mai bezw. 9. bis 12. Oktober verlegt.

Siegfried Haber, der Redakteur des „N. N.“ ist am Mitt-
woch Morgen plötzlich gestorben.

Den besten Beweis für den herrschenden Nothstand
unter der arbeitenden Bevölkerung liefert die Thatsache, daß der
Armenfonds der Gemeinde Hildorf bereits um über 10 000 M.
hat überschritten werden müssen, obwohl die in der Gemeinde
üblichen Unterstüßungssätze äußerst geringe sind.

Königlich preussische Sozialpolitik betreffend. Arbeits-
lose beschwerten sich gestern Morgen bei uns darüber, daß vor
dem Hause der Igl. Taubstummen-Anstalt in der Dinstenstr. 88
die Arbeit des Samedachaufens von etwa fünf Anstaltskräften
besorgt worden wäre. Früher hätten sich einige Arbeitslose ein
paar Pfennige damit verdient. Nun an dieser Stelle gespart
werden?

Durch die hier grassirende Influenza werden die Orts-
krankenlassen stark mitgenommen. Ein Lokalcorrespondent weiß
zu melden, daß die Ortskrankenlassen der Kutscher, Haus-
diener u. s. nur wenige Meldungen von Erkrankungen aufweisen,
ja, daß bei den Beamten, die im Parks- und Straßendienst des
öffentlichen Fuhrwesens beschäftigt sind, nicht ein einziger Fall
von Grippe-Erkrankung zu verzeichnen sei.

Der Fernsprechverkehr mit Sangerhausen ist eröffnet
worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur
Dauer von 3 Minuten beträgt 1 M.

Stellensuchende Frauen und Mädchen werden vielfach
um die Inaktivitätsarten beschwindelt von solchen Leuten, die
ihnen vorpiegelten, Stellung im Fernsprechverkehr verschaffen zu
wollen. Es wird vor ihnen gewarnt.

Ueber ein aus einem Eisenbahnzuge gesprungenes
Mädchen wird berichtet, daß dieses bei der polizeilichen Ver-
nehmung angegeben hat, daß es erst seit kurzem in Berlin sei
und den Südringzug der Stadtbahn auf dem Schlesischen Bahn-
hof bestiegen habe. Auf der Station „Warschauer Brücke“ sei
ein etwa 30-jähriger Mann mit blassem Gesicht und großem Schlapp-
hut in die Abtheilung gestiegen, wo sie allein gesessen habe. Er
habe einen Gegenstand aus der Tasche gezogen und damit „ge-
spielt“, dadurch sei sie zu der Befreiung gekommen, der Mann
habe ein Attentat beabsichtigt, und sie sei aus dem Zuge gesprungen.
Das Mädchen ist bettlägerig, hat aber nicht erhebliche Verletzungen
namentlich an den Armen.

Der beleidigte Gendarm! Wie wir seinerzeit mittheilten,
hatte der Vorsitzende des Hildorfer Kommunal-Reformvereins,
Lehrmeister C. H. a. h. i. g., die ständischen Ausschreitungen des
Gendarm Höppler in einer Versammlung des genannten Vereins
einer vernichtenden Kritik unterzogen und dabei noch andere
Ereignisse des schlagfertigen Beamten zur Sprache gebracht. Das
hat ihm jetzt eine Anklage wegen Beamtenebeleidigung eingebracht,
welche am 5. April d. J. vor dem Hildorfer Schöffengericht zur
Verhandlung kommen wird.

In Sachen der verhafteten Gräfin Verpouche haben
die Anwälte des Rechtsanwalts Dr. Schwandt, eine Haft-
entlassung gegen hohe Bürgschaft zu erzielen, bisher keinen Erfolg
gehabt. Der inzwischen auch zur Haft gebrachte Dr. Voigt aus
Högermühle bei Eberswalde hat den Rechtsanwalt Dr. Mendel
zu seinem Verteidiger bestellt. Dr. V. wird beschuldigt, die
Gräfin V. zum Meineide verleitet zu haben; auch er bekennt
entschieden jede Schuld und betrachtet sich als Opfer der Nach-
sicht seiner Schwiegereltern. Die beiden Verteidiger glauben,
binnen kurzem so viel Entlastungsmaterial zusammen zu bringen,
daß ein erneuter Antrag auf Haftentlassung erfolgreich sein dürfte.

Handwirths-Humanität. Auf der Belle-Alliance-Brücke
brach, wie ein hiesiges Blatt berichtet, am Dienstag ein älterer
Herr bewußtlos zusammen und wurde von Passanten noch lebend
auf dem Fluß eines Hauses der Königgräferstraße gebracht, wo
der herbeigeeiferte Sanitätsrath Dr. Bracht Wiederbelebung-
versuche anstellen wollte. Dessen widerlegte sich aber der Hand-
wirthsthamer in einer Weise, die wahrlich nicht von Nächstenliebe
zeugte. Er räsonnirte so laut und so lange darüber, daß in
seinem Hause keine Leichen gehörten, bis infolge der Vermittelung
eines Polizeibeamten der Wirth des Nebenhauses bereitwillig
sein Haus zur Verfügung stellte und mit Matten und Decken zu
Hilfe eilte. Leider starb der Kranke, der erhebliche Geldmittel
bei sich trug, unter den Händen des Arztes. Seine Personalien
konnten nicht sofort festgestellt werden.

Wie die Sittlichkeit im Café Polonia gehütet wird.
Seit dem Tannert'schen Vorfall hat das Lokal seinen früheren
Charakter, nach Schluß der Polizeistunde den besten Verdienst zu
bringen, eingebüßt. Die wenigen Tage, die der jetzigen Inhaberin
bis zur voraussichtlichen Entziehung der Schankkonzession noch
bleiben, werden ihr recht schwer gemacht. Den Tag über
empfangt sie den Besuch einer jeden neuen Schutzmanns-
abtheilung, sodas sich Säfte kaum recht wohl fühlen
können. Sobald aber abends die Zeit der Polizeistunde 11 Uhr
naht, findet sich die Polizei wiederum ein. Schutzmannen sorgen
dafür, daß sich die Gäste entfernen und weichen nicht früher vom
Platz, als bis die Wirthin die gaslichen Räume geschlossen und
sich selbst auf den Weg nach ihrer in der Friedrichstraße belegen
Wohnung gemacht hat. — Es müßte mit dem Teufel zugehen,
wenn nach solchen Maßnahmen die Tugend nicht siegreich
triumphirte.

Ueber den Bäckergeßellen Tannert wird berichtet, daß er
hier nicht erst am dem Tage eingetroffen ist, wo er das Café
Polonia besuchte, sondern schon am Tage vorher. Im Bewußt-
sein seiner reichlichen Mittel nahm er in der Dinstenstr. 10
Wohnung (Hotel von Karas). Gleich die erste Nacht blieb er
seinem Quartier fern, und als er am nächsten Morgen um 5 Uhr
von einer Streife durch Berlin heimkehrte, will der Pförtner des
Gasthofes schon eine Verletzung in seinem Gesicht wahrgenommen
haben. Tannert ruhte dann bis um 10 Uhr vormittags, nahm
seinen Mokka und setzte seine Durchquerung der Reichshauptstadt
fort. Er hinterließ in dem Gasthofe, daß er nicht genau wisse,
ob er zurückkehren werde oder nicht, wurde daher auch nicht ab-
gemeldet. Bezüglich der Reise nach Amerika muß fraglich
bleiben, ob sie ernst gemeint war, denn Tannert war ohne Ge-
päck, hatte dieses vielmehr in Dresden gelassen und dürfte sonach
die Absicht gehabt haben, dorthin zurückzukehren.

Wieder ein Selbstmordversuch aus Noth. Drei Schiffe
in den Roß hatte sich am Dienstag Abend der 20 Jahr alte
Kaufmann Julius Richter beigebracht, der sich blutüberströmt bei
dem Gemeindevorsteher in Glasow bei Berlin meldete. Er gab
an, daß er aus München stamme, ohne Beschäftigung und Mittel
sei und in der Noth im Walde zum Revolver gegriffen und sich
in selbstmörderischer Absicht die Verwundungen beigebracht habe.
Da er den ersehnten Tod nicht habe finden können, so bitte er
um Weiland in seiner Lage. Dem Ortsvorsteher blieb nichts
übrig, als sofort einen Arzt zu Rath zu ziehen und den Ver-
letzten mittels eines Fuhrwerks nach einem Berliner Krankenhaus
bringen zu lassen. Hier ist Richter am Mittwoch früh 6 1/2 Uhr
eingetroffen und hat angegeben, daß er in Nordhausen be-
heimathet sei.

Ein Opfer des überaus starken Fuhrverkehrs in der
Prenzlauerstraße wurde am Dienstag Nachmittag gegen 4 Uhr
der jehnjährige Schüler Max Piche. In der durch Gefährte
aller Art und zu jeder Zeit überlasteten Prenzlauerstraße ver-
suchte der Knabe sich durch die Wagenreihen durchzudrängen und
wurde dabei von den Pferden eines Lastfuhrwerks zu Boden ge-
rissen. Das schwere Gefährt ging über den Körper des Kleinen
fort, welcher derartige innere Verletzungen erlitt, daß er in wenig
hoffnungsvollem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus
Friedrichshain geschafft werden mußte.

Die Puppen-Prinzessin „Pauline“, die den Berlinern
durch ihr wiederholtes Auftreten in Gastan's Panoptikum bekannt
war, ist zu Anfang dieses Monats in New-York gestorben. Sie
ist nur 18 Jahre alt geworden.

Folgende Nichtigstellung finden wir in hiesigen Blättern:
„Die auf so entsehlche Weise ums Leben gekommene verehelichte
Schommarck, verwitwete Ahmann, Inhaberin der Firma G. W.
Bullrich, ist niemals mit einem Herrn Bullrich verheiratet ge-
wesen; vielmehr hat der in Rede stehende Ahmann seinerzeit nur
behalben einen Herrn namens Bullrich als Sojus ausgekommen,
um so firmiren zu können. Diese Firma steht somit in keinerlei
Beziehung mit der wohlbekanntem, vor etwa 70 Jahren begrün-
deten Firma A. W. Bullrich, vormalig F. C. Stegmann, die noch
heute im Besitze der Familie Bullrich ist.“

Der Ganner Richard Erpel, nach dem so lange ver-
gebens gefahndet wurde, ist nun endlich verhaftet worden. Wie
mitgetheilt wird, erfolgte die Verhaftung Erpels in Hamburg,
von wo er demnach nach Berlin gebracht werden wird.

Witterungsübersicht vom 27. Februar 1895.

Stationen.	Barometer stand in mm reduirt auf 0. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 30 C. = 40 F.)
Ewinemünde .	740	WSW	5	bedeckt	-1
Hamburg . . .	743	WSW	5	bedeckt	1
Berlin	743	W	3	bedeckt	0
Biesbaden . . .	750	SW	2	halb bedeckt	0
München	749	W	6	wolfig	-3
Wien	750	W	1	Nebel	-5
Saparanda . . .	748	SO	2	wolfig	-20
Petersburg . . .	750	Stil	—	Schnee	-15
Coel	762	W	1	halb bedeckt	3
Aberdin	757	SW	4	wolfig	1
Paris	754	W	1	wolkenlos	0

Wetter-Prognose für Donnerstag, 28. Februar 1895.
Zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit geringen
Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden; Temperatur
wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 26. d. M. nachmittags erhängte sich eine Frau in ihrer Wohnung, in der Emdenerstraße. — In der Nacht zum 27. d. M. stürzte in der Gartenstraße ein Mann auf dem Bürgersteig hin und erlitt einen mehrfachen Knochenbruch am rechten Bein. — Im Laufe des Tages fanden fünf Feuer statt.

Kunst und Wissenschaft.

Frankeich und die Berliner Kunstausstellung. Die Société d'art et d'industrie, welche der Salon der Champs Elysées veranstaltet, beschloß, wie aus Paris vom Mittwoch gemeldet wird, einstimmig, an der Berliner Kunstausstellung nicht teilzunehmen. Der Sekretär des Vereins erklärte einem Berichterstatter des „Tages“, die Einladung sei zu spät gekommen, alle Vereinsmitglieder seien vollumfänglich mit den Vorbereitungen zur Besichtigung des Elysée-Salons beschäftigt. Die offizielle Teilnahme des Vereins würde die Besichtigung der Berliner Ausstellung seitens mehrerer hundert Vereinsmitglieder nach sich ziehen, was innerhalb Monatsfrist nicht mehr zu ermöglichen sei. Für seine Person könne übrigens jedes Vereinsmitglied an der Berliner Ausstellung teilnehmen.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz vom März 1850 hatten sich der Gastwirt August Krüger, sowie die Metallarbeiter Wilhelm Kühn, Albert Nagel und August Wendland, sämtlich aus Sudenburg-Magdeburg, vor dem Strafsenate des Kammergerichts als Revisionsrichter zu verantworten. Im März v. J. hatten die drei letzten Angeklagten, welche zum Vergnügungskomitee des Vereins Freundschaft gehörten, in der Gastwirtschaft des Angeklagten Krüger ein öffentliches Tanzvergnügen abgehalten, ohne die Erlaubnis der Ortspolizei vorher nachgesucht zu haben. Zu dem Tanzvergnügen hatten nicht nur die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Freundschaft, sondern auch die von den Mitgliedern eingeführten Gäste gegen ein kleines Entree Zutritt. Das Tanzvergnügen war sehr stark besucht und dauerte bis in die frühe Morgenstunde. Kurz darauf erhielten die drei letzten Angeklagten polizeiliche Strafbescheide in Höhe von 20 und 10 Mark, ebenso der Wirt wegen Vergabe seines Lokals und wegen Nichterhaltung der Polizeistunde eine Geldstrafe von 30 M. Das Schöffengericht zu Magdeburg, bei welchem alle vier Angeklagten Widerspruch erhoben hatten, ließ es bei der von der Polizei festgesetzten Strafe. Die eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer zu Magdeburg mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß es sich hier offenbar nur um eine Umgehung der Vorschriften des preussischen Vereinsgesetzes gehandelt habe. Die Angeklagten hätten lediglich deshalb jenes Vergnügen nicht angemeldet, weil sie als Mitglieder eines sozialdemokratischen Vereins von vornherein gewußt hätten, daß die polizeiliche Genehmigung zu jener Tanzlustbarkeit nicht erfolgen würde, sie hätten sich also einer Verletzung des Vereinsgesetzes schuldig gemacht. Wegen dieses Urteils hatten die Angeklagten Revision beantragt und damit begründet, daß es sich bei jenem Vergnügen nur um eine geschlossene Gesellschaft, nämlich die Mitglieder des Vereins Freundschaft gehandelt habe. Ein Tanzvergnügen unterliege aber nur dann der polizeilichen Anmeldung, wenn es öffentlich sei, zu dem jedermann Zutritt habe. Auch hätten sie mit jener Tanzlustbarkeit nicht bezweckt, politische Angelegenheiten zu erörtern und sich über politische Tagesfragen im Verein auszusprechen, sondern sie hätten lediglich ein frohliches Beisammensein beabsichtigt. Einer besonderen polizeilichen Anmeldung von Seiten des Vereins habe es um deswillen nicht mehr bedurft, weil das Komitee geklagt habe, der Gastwirt habe das Tanzvergnügen bereits bei der Polizei angemeldet und die Erlaubnis dazu eingeholt. Das Kammergericht wies die Revision aller vier Angeklagten zurück. Es habe sich hier, wie der Berufungsrichter richtig festgestellt, nur um die Verfolgung politischer Zwecke unter dem Deckmantel eines harmlosen Tanzvergnügens gehandelt. Das fragliche Vergnügen sei auch als öffentliches im Sinne der Gewerbe-Ordnung anzusehen, weil auch jeder Fremde gegen Zahlung des Eintrittsgeldes Einlaß zu demselben gehabt habe. Speziell der Gastwirt habe doppelt strafbar gehandelt, weil er die größte Verpflichtung zur Einholung der polizeilichen Erlaubnis zu dem großartig geplanten Vergnügen gehabt hätte.

Wegen Förderung der Desertion eines Soldaten war ein Vater angeklagt worden, daß sein Sohn, welcher sich der Dienstpflicht dauernd entziehen wollte, die Reisetickets nach Amerika eingehändigt hatte. Die Strafkammer hatte den Angeklagten freigesprochen. Sie nahm zwar an, daß der Sohn bei seiner Entweichung ein deutscher Soldat im Sinne des § 141 St.-G.-B. gewesen sei, glaubte aber dem Angeklagten, daß er sich hierüber in Unkenntnis befunden und angenommen habe, daß nur diejenigen Soldaten seien, die schon den Fahnen eid geleistet hätten. Das Reichsgericht hat, wie die „Juristische Wochenschrift“ mitteilt, das freisprechende Erkenntnis aufgehoben und folgendes ausgeführt: Das Reichs-Strafgesetzbuch zählt in § 112 zu den Personen des Soldatenstandes sowohl die im aktiven Dienste, als auch die im

Beurlaubtenstande befindlichen Personen. Im Sinne des § 141 sind also die Angehörigen beider Kategorien Soldaten. Wenn also der Angeklagte sich hierüber irrete, obwohl er wußte, daß sein Sohn, der zur Artillerie ausgehoben war und an einem bestimmten Tage einzurücken hatte, mit ihm zu den beurlaubten Rekruten zählte, so hat er sich in einem Irrtum über den Inhalt des Strafgesetzes und nicht in einem tatsächlichen oder diesem gleichgestellten rechtlichen Irrtum befunden.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand gestern eine Klage gegen den Kaufmann Kurt Leberrecht Helfert wegen versuchter Erpressung und Beleidigung an. Es handelte sich um geschäftliche Zwangsigkeiten des Angeklagten mit dem deutschen Offizierverein bzw. dem Hauptmann a. D. v. Bedel. Letzterer war als Zeuge vorgeladen, aber nicht erschienen. Er hatte brieflich angezeigt, daß er sich auf Reisen befinde und den Gerichtshof auf die Aussagen des zweiten Direktors des Offiziervereins verwies. Da der Zeuge keinerlei Adresse angegeben hatte, unter welcher er zu erreichen wäre, so erachtete der Staatsanwalt diesen Brief nicht für eine Entschuldigung, sondern für eine Mißachtung des Gerichts und beantragte gegen Herrn v. Bedel eine Ordnungsstrafe in Höhe von 100 M. Der Gerichtshof entsprach auch diesem Antrage und verurteilte im übrigen die Verhandlung.

Die Mitglieder der aufgelösten Frauen-Agitationskommission haben gestern bereits Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gehabt.

Vor dem Schwurgericht in Zürich begann am Mittwoch die Verhandlung gegen die Bande von 22 Individuen, welche im vorigen Sommer viele Einbrüche in den Kantonen Zürich, Luzern und Schwyz begingen. Von den Angeklagten sind 11 gehändigt, einer flüchtig, einer mußte ins Irrenhaus gebracht werden und einer erhängte sich vorige Nacht im Gefängnis. Gegen acht derselben wird das schwurgerichtliche Verfahren, und zwar wegen des gemeingefährlichen Charakters der Angeklagten bei geschlossenen Türen, durchgeführt werden, der andere Teil der Bande wird vor dem Schwurgerichte in Konstanz zur Aburteilung kommen.

Vermishtes.

Zum Untergang der „Elbe“ liegen vom Mittwoch folgende Mitteilungen aus Lwowestoff vor:

Vor dem Leichenschengericht sagte der Bootse Greenham aus, nach seiner Beurteilung sei das grüne und weiße Licht des fremden Dampfers 1/2 bis 3/4 Meile entfernt gewesen. Die „Elbe“ habe in Zwischenträumen das Dampfhorn geblasen, solange Dampf vorhanden gewesen. Er habe sich binnen 3 Minuten nach dem Zusammenstoß an Deck befunden. Die Maschine habe Gegenbampf gegeben, dann seien von der „Elbe“ Raketen abgefeuert und blaue Lichter angezündet worden. Er habe die Lichter des fremden Schiffes ungefähr eine Stunde nach dem Untergang der „Elbe“ noch gesehen. Wenn die „Grathie“ guten Ausguck gehalten hätte, so hätte sie möglicherweise das Feuer der Raketen gesehen, welche er, Greenham, um die Aufmerksamkeit zu erregen, abbrannte, obgleich er nur alte Briefe hatte.

Der Kapitän des Dampfers „Grathie“, Gordon, sagte vor dem Leichenschengericht aus, die „Grathie“ sei durch den Zusammenstoß mit der „Elbe“ so schwer beschädigt worden, daß er Nothsignale gegeben habe. Kurze Zeit nach dem Zusammenstoß habe er die Umrisse eines großen davondampenden Schiffes gesehen und insulgedessen gedacht, daß das Schiff, nachdem es Hilfe für seinen eigenen Schaden geschaffen, weiterfahre. Er sei entkräftet gewesen, daß das Schiff der „Grathie“ keinen Beistand angeboten habe. Die weitere Verhandlung wird eventuell auf einen Monat vertagt.

Ueber Verkehrsstörungen wird gemeldet: Die Strecke Neustrelitz-Barnim wurde durch Schneeverwehungen gesperrt. — Der Betrieb der Strecke Blankensee-Waldberg der Mecklenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn ist wegen Schneeverwehungen ebenfalls bis auf weiteres eingestellt.

Der Lloyd-Dampfer „Karlruhe“ rettete, einer Meldung aus Bremen zufolge, die ganze Besatzung von der untergegangenen Barke „Kastgaard“.

Ein todtgefügter Redaktionskollege. Unser Nürnberger Parteiblatt schreibt: Todtgefügte werden — so sagt man — sehr alt. Wenn das wahr ist, erreicht unser Genosse Robert Schmidt in Berlin, Reichstags-Abgeordneter für den 5. Berliner Wahlkreis, Mitarbeiter am „Vorwärts“, ein hohes Alter. Ein Berichterstatter des „Frankfurter Kurier“ hat den genannten Abgeordneten am Sonntag herben lassen und gestern Abend zu der Nachricht gleich einen Nekrolog gefügt. Die Mitteilung des „Kurier“ ist falsch, der in Berlin gestorbene Abg. Robert Schmidt war preussischer Landtagsabgeordneter. — Um seine Unwissenheit und Geschäftigkeit wieder einmal zu dokumentieren, hat der „große Obel“ des „Kurier“ zu der Todesnachricht folgende „geistreiche“ Bemerkung gemacht: „Interessant kann es übrigens jetzt im Reichstage bei der üblichen Ehrung des verstorbenen Sozialdemokraten durch allgemeines Aufstehen werden: was wird mit denjenigen Abgeordneten gemacht, die vielleicht sitzen bleiben? Erhalten sie einen Levegow-Küffel, oder wird der

Staatsanwalt beim Reichstage die Strafverfolgung etwa wegen groben Unfugs beantragen? Man sieht, die von den Sozialdemokraten begonnene Unterlassung einer harmlosen Artigkeitsform hat auch ihre zweite Schneide und zwar diesmal in der Richtung gegen die Urheber.“ — Selbst Ehrenkürer könnte wissen, daß im Reichstage bei Ehrung verstorbenen Mitglieder stets alle Parteien einig waren, daß nie ein Mitglied sitzen blieb, wenn der Präsident eine Todesnachricht verkündete, gleichviel um welche Partei oder Person es sich handelte. — Die Ehrung eines Verstorbenen aber in Vergleich zu stellen mit einem Kaiserhoch, welches der „große Freisinnige“ eine harmlose Artigkeitsform (!) nennt, das ist zu albern, als daß wir ein weiteres Wort der Kritik daran knüpfen möchten.

Versammlungen.

Niedorf. Die Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter tagte am 17. Februar. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Mitteilungen gelangte ein Antrag des Mitgliedes Neumann zur Beratung, der wünscht, daß die Broschüre „Die Umsturzvorlage“ von dem Verein angekauft wird. Man beschloß, dem Vorstehen zu überlassen, je nach Bedarf eine Anzahl Exemplare dieser Schrift anzukaufen. Am 10. März soll eine größere Versammlung einberufen werden, in der von einem Verfassungskomitee die Schäden des Gewerbes dargelegt werden. Zum Schluß wurde den Anwesenden dringend der Anschluß an die Organisation empfohlen.

Arbeiter-Gesangsvereine. Donnerstag, Abends 7-8 Uhr: Besetzung: 4-5 Uhr: Nord-Schule, Kellerei, 1904; Geschichte (Mittelschule); 8-9 Uhr: Schul-, Waldemarstr. 14; Musikantenklub. Bei allen Unterredungen werden neue Teilnehmer, Namen und Herren, jeder Zeit auf genommen.

Arbeiter-Gesangsvereine Berlin und Umgebung. Vorsitzender Ad. Neumann, Vorkant. 1. Alle Versammlungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrichstr. 10, Montagsstr. 49, v. 2. **Donnerstag.** Abends 8 bis 11 Uhr: Liebesstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Gesangsverein Berlin.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Wannsee-Club.** St. Urban, Anst. 2, bei Albert Weg. — **Gesangsverein Freundschafft.** 1. Stummstr. 143 bei Fischer. — **Korndelmann.** W. Frankfurterstr. 123 bei Gold. — **Worms 1816.** Schönhauser Allee 28 bei Brä. — **Präsidentenklub.** Schönew. 66 bei Werner. — **Wegelklub.** Anst. 18, Kottbuscherstr. 10, bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Teufelsdrückerstr. 49 bei Kottbuscher. — **Fortgeschritten.** Jagelstr. 11, Teufelsdrückerstr. 60, bei W. — **Vorw.** Montagsstr. 9 bei W. — **Harmonie.** Tempelhofer, Dorfstr. 18 b. Gerb. — **Steinacker.** Sängerkorps, Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Kreuzberger Harmonie.** Schönhauserstr. 2 bei Kottbuscher. — **Fischer'scher Gesangsverein.** Köpenicker Allee 78 bei Fischer. — **Arbeiter-Gesangsverein.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
 Donnerstag, 28. Februar.
Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Zum wohlthätigen Zweck. Die Dienstboten.
Deutsches Theater. Weh dem, der lügt.
Leistung-Theater. Der Fall Clemeuceau.
Sevliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Besiden-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Neues Theater. Minna von Barnhelm.
Theater Unter den Linden. Kapitän Carricciolo.
Schiller-Theater. Der Schwabenstreich.
Sallealliance-Theater. Verliebte Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Obersteiger.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Vene.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Wallner-Theaterstrasse.
 Donnerstag, 28. Februar, abds. 8 Uhr:
Der Schwabenstreich.
 Freitag, 1. März, abds. 8 Uhr:
Der Schwabenstreich.
 Sonnabend, 2. März, abds. 8 Uhr:
Der Schwabenstreich.
 Abonnementshefte werden täglich von 11-1 und 6-8 Uhr ausgegeben.

Central-Theater
 Alte Jakobstraße Nr. 30.
 Emil Thomas a. G.
 Novität! Zum 10. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.
 Musik von Julius Einödhofer.
 Anfang 7/8 Uhr.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 182.
 Direktion: Max Samst.
 Sensationelle Novität!
 Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder**
 Mit neuen Dekorationen und Kostümen.
Die lebende Brücke.
 (The span of Life.)
 Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Lane, überföhrt von P. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke.
 Gletsch. Beleuchtungseffekte v. Lokomoty.
 Regie: Max Samst.
 Aufführung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Sonnabend Nachm. 4 Uhr:
Schüler-Vorstellung.
 Vorführung von Nebelbildern wissenschaftlichen Inhalts.

„Sanssouci“
 Rottbuserstraße 4a.
 Donnerstag, den 28. Februar:
4252. Soirée
 der **Stettiner Sängers**
 (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
 Stets wechselndes Programm!
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pfg.
 Vorverkauf 40 Pfg. (Siehe Plakate.)

Urania
 Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Adolph Ernst-Theater
 Auftreten der ersten Pirouette- u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.
Ein fideles Corps.
 Große Gesangsposse mit Tanz.
 Nach dem englischen Original „A Safety Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.
 Vorher:

Gefüdeball.
 Schwanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Jean Kren.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
 Das **Riesen-Kind** mit den **24 Fingern.**

Castan's Panoptikum.
 Noch nie dagewesen!
 Die Riesen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
 40 Männer, Frauen u. Kinder.
 Das scheckige Mädchen Mariotta.
„Präsident Faure“.

Kaufmann's Variété.
 Neuerdings
„Station Naucke“
 genannt.
 Nur noch bis 28. Februar:
Das zugkräftige Februar-Programm.
 Nach wie vor ist
Naucke
 die größte Zugkraft aus.
 Naucke bleibt folgedessen für März für die urdrollige Burleske **Die Kneip-Genies.**
 Fridolin: E. Naucke. Schnorps: A. Fränkel. August: Pedro Hansen.

Parodie-Theater
 Oranien-Straße 52 (am Morispl.).
Madame Sans-Gêne.
 Vorher:
Grand Café Unfallverhütung.
 Zum Schluss:
Heimath.
 Donnerstag, den 7. März, 1895:
 unwiderruflich letzte Vorstellung.
 (Schluß der Saison)

Circus Renz
 Carlstrasse.
 Donnerstag, den 28. Februar 1895,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung
 unter Mitwirkung sämtlicher Künstler-Spezialitäten.
Tjo Ni En.
 Beim Jahreswechsel in Peking.
 Neue Musik-Einlagen.
 Außerdem: 6 irakischer Rapphengste, vorgeführt von Herrn R. Ranz. Great-Hurdle-Race. Auftreten der Schulkreiterin Fr. Wally Ranz. Grand double Pas de deux. Doppel-Joden. Humor. Entrees sämtlicher Clowns und des beliebten „August“ Mr. Lavator Leo.
 Morgen Freitag:
Komiker-Vorstellung. Tjo Ni En.
 Uebermorgen, Sonnabend:
Parade-Gala-Vorstellung zum Benefiz für den Schulreiter und Dressieur Herrn Rob. Ranz und die Schulkreiterin Frau Ranz-Stark. — Tjo Ni En.
 Sonntag, 3. März: 2 Vorstellungen (lehte Sonntags-Vorstellungen). Nachm. 4 Uhr: Letzte Kinder-Vorstellung (zu ermäßigten Preisen). Zum letzten Male: Die lustigen Heidelberger. — Abends 7 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung: Tjo Ni En.
 Fr. Ranz, Kommissionsrath.

Bock-Bräuerei
 Tempelhofer Berg.
57. Bock-Saison.
 Täglich:
Militär-Konzert.
 Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Ben- Unter den Linden 21.
 Jeden Sonntag Nachmittags Familienvorstellung zu halb. Preisen.
Ali- Orientalische Familienvorstellung zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
 Wunder.
 Täglich Anfang 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast
 Burgstr. 22, neben der Börse.
 Neues colossal. Programm.
Die 8 Grunathos.
Die mysteriösen Liliputaner
 (darunter die kleinste Serpentin-Tänzerin der Welt).
 Cousin August u. seinem brasilian.
Orang-Utang.
 Little Ella, das Wunderkind.
 Mr. Paolo Vendaro.
 Lilly Wellin, Kostüm-Soubrette.
 Wilhelm Fröbel.
 Berlin's 1. Orig.-Humor-Matador.
 Gisella-Trio.
 The 4 Original-Dissenters.
 Brothers Uricos.
 Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags: Konzert 6 1/2 Uhr, Vorst. 7 Uhr.

Möbel-Gelegenheitskauf
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderpinden und Vertilows 50 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtisellen, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 8 M., Sophasische 6 M., Säulen-Trumeaux 65 M., Plüschgarnituren 60 u. 100 M., Muschelpinden 40 M., Paneelsophas 80 M., Buffets, Silberchränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureauz, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verschmähen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Bekannte Möbel werden bis 1. April kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt. 10842
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Wegen ganz besonders günstiger Abchlüsse der besten Molkereien und der ganz unbedeutenden Unkosten des Geschäftes bin ich in der Lage, den werthen Kunden zu offeriren: 1502L

Feine Tischbutter
Pfd. 0,90-1,00 Mk.
Denkbar feinste Tafelbutter
Pfd. 1,10-1,20 Mk.
 Bei Entnahme von 5 Pfd. sende frei ins Haus.
J. Maeding.
 Erstes und größtes Geschäft der Markthalle 8, (Andreasstraße) Stand 115-118.
 2. Geschäft:
Straußbergerstraße 4.
 3. Geschäft:
Hemmlerstraße 52.
 4. Geschäft:
Brantstraße Nr. 52.

Jetzt kommt's
 darauf an, wo kauft man billig gute Stoff- und Sammt-Reste zu Herren- und Frauen-Anzügen. Reste zu Damen- und Mädchen-Jaquets.
P. Kochmann,
 86 Alte Jakob-Straße 86
 Durchgang zur Neuen Grünstraße.

Möbel-Kaufgelegenheit
 bietet sich Brautleuten u. im Möbel-speicher, 13042
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
 Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspindel, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderschränke, Vertilows 30, Stühle 8, Muschelpinden 40, Trumeaux 65, Paneelsophas 75, Plüschgarnituren à 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konfessionische, Spiegel, alles staunend billig. Bekannte Möbel können auf meinem Lagerspeicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Möbel direkt aus der Fabrik. Große Auswahl in Nußbaum und Mahagoni zu den billigsten Preisen.
Otto Berger, Dresdenerstraße 116/117.

Achtung! **Parteigenossen!**
 Donnerstag, den 28. Februar,
 Abends 8 Uhr:

8 grosse öffentliche Volks-Versammlungen
 in folgenden Lokalen:
Röllig, Neue Friedrichstr. 44.
Schnegelsberg, Hasenhaide 21.
Arminhallen, Kommandantenstr. 20
J. Henke, Raunynstr. 27.
Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.
Schützenhaus, Linienstr. 5.
Swinemünder Gesellschaftsh., Swinemünderstr. 35.
Colberger Salon, Colbergerstr. 23.
 Referenten: Reichstags-Abgeordneten Bock, Förster, Hofmann, Klees, Molkenbuhr, Schmidt, Seifert, Singer.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
 1. Die neueste Tabakfabriksteuer-Vorlage im Reichstage oder 40 000 Menschen brotlos. 2. Diskussion.
 Die Vertrauenspersonen.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
 Lehrplan für das Winterhalbjahr 1894/95.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Südost-Schule. Waldemarstr. 14.
Montag	Natur-Erkennniß. (Die Darwin'sche Theorie.)	Volksthümliche Medizin.
Dienstag	Volksthümliche Medizin. (Erste Hilfe bei Unglücksf.)	Nationalökonomie.
Mittwoch	Nationalökonomie.	Geschichte (neueste seit 1848).
Donnerstag	Geschichte (Mittelalter).	Naturerkenntniß. (Die Abstammung des Menschen).
Freitag	Deutsch (Literatur).	Deutsch (Literatur).
Sonnabend	Disputir-Übungen.	Disputir-Übungen. (Das Erörter-Programm.)

Die Schulräume sind Abends von 7/8 Uhr an geöffnet (Sonntags 10-12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, in dem außerordentlich reichen Zeitungs-, Zeitschriften- u. Material zu studiren.
 Der Unterricht beginnt um 7/8 Uhr und endet um 11 Uhr.
 Die Theilnahme an der Veltäre und dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei.
 Für förmliche Lehrlinge werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer (Damen und Herren) aufgenommen.
 In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen große Versammlungen abgehalten, in welchen wissenschaftliche Thematens in volkshverständlicher Weise behandelt werden.
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsjaht 25 Pf.; für den Sonnabend-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an entscheidenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist.
 Die Zahlstellen sind folgende:

S.	N.
Schöning, Stallschreiberstr. 29.	Nordschule, Müllerstr. 179a.
Südostschule, Waldemarstr. 14.	Gnadt, Rottbuserstr. 82.
Schnitz, Admiralsstr. 40a.	Gleinert, Müllerstr. 7a.
Grube, Mariendorferstr. 5.	Wernau, Rosenthalerstr. 57.
Windhorst, Junkerstr. 1.	NO.
Tempel, Langestr. 65.	Mamlok, Barniusstr. 42.
	NW.
	Vogtherr, Stephanstr. 29.
	W.
	Werner, Bülowstr. 59.

Der Vorstand.

Achtung! **Parquetbodenleger** Berlins u. Umgegend. Achtung!
Grosse öffentliche Versammlung
 am Sonntag, den 3. März cr., vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a.**
 Tagesordnung: 1. Die Kohlenreduzierung in der Passauer Stab-Parquetboden-Fabrik, Vertreter Herr Bongemann, und die Folgen derselben. 2. Diskussion. — Es ist Pflicht eines jeden Parquetbodenlegers, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann der Holzarbeiter Berlins.

Möbel direkt aus der Fabrik. Große Auswahl in Nußbaum und Mahagoni zu den billigsten Preisen.
Otto Berger, Dresdenerstraße 116/117.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 27. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, Thielens, v. Berlepsch. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. Dr. Paasche, v. Guseff-Babladen, v. Huene, v. Jedlich und Reulisch und Genossen.

Gedenkt die königlich preussische Staatsregierung baldige Schritte zu thun, um bei der jetzigen Nothlage der Landwirtschaft die Verwendung künstlicher Düngemittel zu erleichtern a) durch weitere Ermäßigung der Eisenbahn-Frachtsätze für alle Arten künstlicher Düngemittel, auch für kürzere Entfernungen; b) durch mögliche Herabsetzung der Grundpreise für die von den fiskalischen Werken gelieferten Kali-Nohsalze?

Der Handelsminister v. Berlepsch erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Paasche (natl.): Wir glauben nicht, daß diese Maßregeln, die wir wünschen, eine große Schädigung der Finanzen mit sich bringen werden. Die ausgedehntere Verwendung künstlicher Düngemittel ist für die Landwirtschaft notwendig; die Vorschriften der Wissenschaft drängen dahin, solche Düngemittel zu verwenden auf leichteren Böden, um die Hoherträge zu steigern. Aber die Verwendung dieser kulturfördernden künstlichen Düngemittel, besonders der Kalinothsalze ist noch vielfach zu theuer. Da werden wir uns zunächst an den Eisenbahnminister. Mitten im Herzen Deutschlands sind die großen Kalilager und im Osten liegen die leichteren Böden, welche künstlichen Dünger vertragen können. Was die Eisenbahnverwaltung hier gewährt, wird ihr anderweitig wieder Vortheil bringen, denn was durch Befruchtung an Rohprodukten mehr gewonnen wird, wird ihr ja wieder zur Verfrachtung übergeben und diese Transporte steigern die Einnahmen.

Eine weitere Frage ist, ob die Regierung nicht die Grundpreise für Kali-Nohsalze ermäßigen kann. Die Nohsalze werden zwar nach dem Inlande billiger verkauft als nach dem Auslande, aber die eigenen Produktionskosten der einheimischen Werke sind so niedrig, daß bei den billigeren Inlandpreisen immerhin noch ein Gewinn von 80 bis 90 pCt. gemacht wird. Das dürfte doch wohl etwas zu hoch sein. Jedenfalls ist eine Ermäßigung der Preise immer noch möglich. Mindestens sollten doch angesichts der Nothlage der Landwirtschaft die Kalilwerke diejenigen Preise allgemein eintreten lassen, die sie sonst schon in besonderen Fällen gewährt haben.

Minister Thielens: Bezüglich der Ermäßigung der Frachten für die Düngemittel kann ich erklären, daß die Staatsregierung in Rücksicht auf die zur Zeit bedrängte Lage der Landwirtschaft bereit ist, eine von ihr vor der Einbringung der Interpellation erwogene Maßregel sofort zur Ausführung zu bringen (Beifall rechts), und vom 1. März d. J. bis zum 1. Mai 1897 die Fracht für sämtliche in den Staatsbahn-Tarifen enthaltenen Düngemittel auf alle Entfernungen um 20 pCt. zu ermäßigen (Lebhafter Beifall rechts), wobei sie sich vorbehalten muß, bezüglich derjenigen Dünstoffe, welche auch zu anderen Zwecken verwendet werden, den Nachweis der Verwendung für Landwirtschaftszwecke zu verlangen.

Minister v. Berlepsch: Die Staatsregierung befindet sich aber in einem Syndikat, welches erst 1898 abläuft. Innerhalb dieses Syndikats werden die Preise von einem Ausschuss festgesetzt und dem Fiskus steht es nicht zu, die Preise allein herabzusetzen. Dagegen hat der vorgesezte Minister die Befugnis, bei besonderen misslichen Verhältnissen der Landwirtschaft eine Herabsetzung der Preise zu erlangen. Diese Befugnis erstreckt sich aber nur auf außergewöhnliche vorübergehende Nothfälle. Ein Zwang aber auf eine dauernde Herabminderung der

Preise liegt in der betreffenden Vertragsbestimmung nicht. Ich würde illoyal und gegen den Geist des Vertrages handeln, wenn ich den Ausschuss zwingen würde gegen seinen Willen eine dauernde Herabsetzung der Preise eintreten zu lassen. Es bleibt also nur der Versuch erneuter Verhandlungen mit den Werken wegen einer Preisermäßigung. Ob sie Erfolg haben werden, kann ich nicht sagen. Im gutem Willen fehlt es uns nicht, wir wünschen dem Drängen der Landwirtschaft nachzukommen, die rechtlichen Verhältnisse aber gestatten es hier nicht.

Damit ist die Interpellation erledigt. Darauf werden einige Wahlprüfungen erledigt. Das Mandat des Abg. Lucius (H.) wird für ungültig erklärt, das des Abg. von Baumbach (H.) beanstandet; die Wahlen der Abgg. Letocha und Graf Strachwitz (Z.), Lohmann und Seumer (natl.) werden für gültig, die Mandate der Abgg. Engelke, Loh und Kraus trotz der Titelverleihungen, Versetzungen etc. nicht für erloschen erklärt.

Eine Reihe von Petitionen, die meist lokale und persönliche Fragen betreffen, werden meist ohne Debatte nach den Anträgen der Kommissionen erledigt.

So beantragt z. B. die Gemeindef Kommission aus Anlaß mehrerer Petitionen um Erlaß eines Gesetzes zur Fürsorge für mittellose arbeitssuchende Wanderer, die Petitionen der Regierung zur Verächtlichung zu überweisen.

Abg. Brütt (H.): Die Petitionen sind zur Unterstützung der Verpflegungstationen bestimmt, während dieselben im Niedergange begriffen seien und von den weiten Kreisen aufgegeben würden; denn die Stationen halten die Wanderer nicht vom Bettel und vom sittlichen Verfall ab. Sie gewähren dem Unterstügten mehr, als er an Arbeiten leistet. Arbeiten können nur beschafft werden, wenn man sie den feilhalten Arbeitern entzieht. Die Ansprüche der Arbeiter werden aus öffentlichen Mitteln gefördert gegenüber den Arbeitgebern des Mittelstandes, indem die Verpflegungstationen den Arbeitern Unterkunft geben.

Die Abgg. Schmieding (natl.) und Genossen empfehlen die Ueberweisung der Petition zur Erwägung.

Abg. v. Gappenheim (L.): Gerade die falsche Auffassung des Abg. Brütt genügt von der Nothwendigkeit eines Gesetzes über die Verpflegungstationen, die natürlich vernünftig eingerichtet werden müssen. Es gelte hierbei eine Lücke des Freizügigkeitgesetzes zu ergänzen; denn auf dem Boden der Freizügigkeit können die Stationen nicht aufrecht erhalten werden; es müssen feste Grundsätze befolgt werden. Eine obligatorische Einrichtung solcher Stationen sollte natürlich nicht erfolgen.

Gch. Rath v. Trott zu Solz: Aus Anlaß der vorjährigen Verhandlungen ist eine Vorlage über die Verpflegungstationen ausgearbeitet worden; sie liegt abgeschlossen vor. Die Stationen haben sich nur da nicht bewährt, wo die Grundsätze nicht richtig durchgeführt sind. Wenn ein Gesetz erlassen wird, sollen die Stationen nicht schablonenmäßig überall eingerichtet werden, sondern nur an geeigneten Punkten. Der Minister ist bereit, die Vorlage dem Staatsministerium zu unterbreiten.

Abg. Graf v. Bernstorff (H.): Die Verpflegungstationen waren nicht das Ziel, nach dem man strebte; sie sollten nur die Stationen bilden zur Erreichung der Arbeiterkolonien, deren viel zu wenig eingerichtet sind. Die Stationen sind in so großer Zahl angelegt, daß man keine Arbeiten für die Wanderer finden konnte. Dadurch sind die Kosten so erheblich gewachsen, daß die Kreise sie nicht mehr tragen konnten. Den Wagonbunden muß das Berumziehen so unangenehm wie möglich gemacht werden, sie dürfen nicht in der Station eine Prämie erhalten in freier Ernährung. Für die wirklich Arbeit suchenden Personen können aber die Stationen nicht sorgen; dafür müssen die Innungen sorgen. Eine gesetzliche Regelung kann nur unter Ausgestaltung der Arbeiterkolonien für kleinere Bezirke gebilligt

werden; sie kann aber zweckmäßig wohl nur von Reichswegen erfolgen.

Abg. von Huene (Z.): Die beiden Redner gegen den Kommissionsantrag haben wohl keine erheblichen persönlichen Erfahrungen hinter sich; denn sie haben die Stationen und die Arbeiterkolonien ganz falsch gezeichnet. Durch die Stationen sollen die Wanderer vor dem Verfall bewahrt werden. Mit dem Gendarmen allein läßt sich diese Frage nicht lösen. Das Gesetz soll nur die allgemeinsten Grundlagen regeln, damit nicht einzelnen Kreisen allein die Lasten obliegen. Wenn die Regierung die Sache für eine gute hält, dann sollte sie hier Vorschläge machen und nicht auf eine Anregung aus dem Hause warten. (Sehr richtig!)

Abg. Hansen (H.) spricht sich gegen eine gesetzliche Regelung aus, will daher alle Anträge ablehnen.

Abg. Winkler (L.) hält namens seiner Freunde es für bedenklich, daß das Haus die Vorlegung eines hierauf bezüglichen Gesetzesverlangens solle; man habe mit den Verpflegungstationen zu schlechte Erfahrungen gemacht; gebettelt werde genau so viel wie vor 10 Jahren. (Widerspruch rechts.) Ohne Revision des Freizügigkeitgesetzes werde nichts zu erreichen sein.

Abg. Bartels (L.) hält eine gesetzliche Regelung der Grundlagen der Verpflegungstationen für bedenklich, dadurch werde die freiwillige Thätigkeit erheblich beeinträchtigt.

Abg. Niech (H.): In Nassau haben sich die Stationen sehr gut bewährt, sie könnten nur durch Gesetz gestiftet werden.

Nachdem noch die Abgg. Knebel und v. Guerns (natl.) für Erwägung gesprochen hatten, schließt die Debatte.

Der Antrag auf Erwägung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß nach 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Kultusetat.)

Versammlungen.

Friedrichsberg. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 19. Februar seine regelmäßige Monatsversammlung ab. In einem beifällig aufgenommenen Vortrage referirte Genosse L. H. Mehnert über: „Die Ethik der heutigen Gesellschaft.“ Unter Verschiedenem wurden einige örtliche Angelegenheiten erledigt und vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß der nächste Leses-Abend am 8. März bei Heinicke abgehalten wird.

Schöneberg. Im „Reiner'schen Lokale“ tagte hier am 21. Februar cr. eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Schubert einen Bericht über die Thätigkeit am Gewerbergericht gab. Redner äußert sich besonders mißbillig über den Wechsel der Vorsitzenden beim Gericht, wodurch keine einheitliche Rechtsprechung erzielt wird und die Beamten sich immer aufs neue in das Material einarbeiten müssen. Eine Statistik über die Thätigkeit des Gewerbergerichts konnte Redner nicht geben, da ihm aus den Kreisen der Arbeiter auch nur sehr wenig Material zugegangen war. In der Debatte kamen abweichende Ansichten nicht zum Ausdruck. Hieraus giebt Genosse Hackebusch eine interessante Darstellung über seine Thätigkeit als Gemeindevorsteher. Wenn sein Bericht kein eingehender sei, führte der Redner aus, so liege dies daran, daß fast alle Angelegenheiten in geheimer Sitzung verhandelt würden. Alle Anträge, die er gestellt habe, z. B. die Verlegung der Wahl auf einen Sonntag, Errichtung einer Bade-Anstalt, wurden abgelehnt. In letzterer Angelegenheit befragte er eine Petition an den Gemeindevorstand. In der Diskussion erklärten sich mehrere Redner für Abfassung einer Petition, obwohl sie sonst nicht für dieses Mittel große Begeisterung empfanden. Die Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden, weil die Versammlung wie gewöhnlich bei Eintritt der Polizeihunde aufgelöst wurde.

Stempel- u. Abzeichen-Fabrik.



Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn 1., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit vertrieben gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Kuchbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Verrenschreibische, Damenschreibische 30, Cylinderbureau, Schreibstretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Conzessentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu beichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gelassene Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Damen-Knopfstiefel, chio 5,50, m. Gummi 3,90, Lackstiefel 2,95. Einsegnungstiefel 3,75. Arbeiterstiefel 4 u. 5 M. Schneidige kalbl. Stiefel 8,25, i. Nohleder 6,—. Kinderstiefel spottbillig. Vorfingstraße 16. Großes Lager. Umtausch gestattet.

Eine Wäscherei ist zu verkaufen in Adlershof, Bismarckstr. 58. 2964b

Für den Sommer. Für Leute, die eine gesunde, reine Waldluft bedürfen, sind 20 Lauben direkt am Walde, Hasenbäde, gelegen, sowie Baden u. Stände zu jedem gewerblichen Zweck billig zu vermieten. Näheres Nixdorf, Hermannstr. 23, 1 Tr. beim Wirth. 2906b

Sophabezug-Neste Tischdecken-Neste, Vorhänger-Neste, Gardinen-Neste am billigsten Grüner Weg 57.

Vereinzimmer zu verg. Kraussstr. 39.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Lelpzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [2611b]

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Ueberall zu haben!

Brenn- und Politur-Spiritus, Prima Spirit liefern Wieder- * verkäufern u. Gewerbe- greibenden zu sehr billigen Preisen Hermann Moyer & Co., Berlin, Brunnenstr. 39.

Hermann Hiller
Damenmäntel-Konfektion
heute eröffnet in den neu erbauten Räumen
85 Landsbergerstrasse 85.

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Unten-straße 149, 8—10, 5 bis 7, Sonntags 8—10 Uhr. 1875L

Julius Henke's Ball-Säle (früher Renz)
Mannyn-Strasse Nr. 27.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 1870L

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf !!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Görlitzerstr. 42 mehrere freundl. Unterwohnungen, v. 204 M. an, zum 1. April 1895 zu vermieten.

Fäßlikerstr. 18 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 2646b

Schlafstelle, auch möblirt, Lübeckstr. 4, Hof 1. 4 Tr. Kleidlig. 2806

Waldstr. 74 5. part. b. Kleiner best. möbl. freundl. Schlafst., sep., für einen Herrn z. 1. März. 2879b

Sof. II. möbl. Zimmer an älteren Herrn. Frau Eisenbauer, 28806 Dragonerstr. 41.

Freundl. möbl. Schlafst. Reichensbergerstr. 63a b. Wwe. Schröder. 2882b

Angenehme Schlafst., sep., Dresdenstr. 57 bei Mengel. 2884b

Anst. Mädchen findet Schlafst. bei Bredow, Mannynstr. 29 v. 4 Tr. 2878b

Arbeitsmarkt.
Wilderrahmenmacher verlangt Kottbusser Ufer 82. [2870b]

Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!
Die Kollegen der Piano-Fabrik von Görs & Kallmann haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Inzug ist strengstens fernzuhalten.

Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Piano-Fabrik Kunze & Sohn, Blumenstr. 70, infolge Maßregelung laut öffentlicher Versammlung vom 13. Januar cr. die Sperre verhängt worden.

198/13 Die Lohnkommission.

Lichtige Eisen-Bettstellen-Arbeiter verlangt Holzmarktstr. 69/70.

Laufbursche mit schöner Handschrift, 14—16 Jahre alt, sucht G. Guldier, W. Kleiststr. 8. Meldungen von 8—6 Uhr. 2977b

Drehler a. Tischf. Grüner Weg 50/51 7 Uhr früh. 2886b

Verf. o. Gl. Leisten Marktstraße 44 2 Tr. 2887b

BOCK, ZIMMERMANN & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister
 BERLIN G., Hauptlager: Alexanderstrasse 42, vis-à-vis dem Polizeipräsidium.



No. 243. 1 Vertikow M. 50.—
 Höhe 184 cm, Breite 95 cm, Tiefe 55 cm,
 mit Säulen M. 70.—

Bitte genau
 auf unsere Firma
 zu achten!



No. 247. 1 Sophtisch M. 20.—
 Höhe 78 cm, Länge 112 cm, Breite 68 cm.



No. 242. 1 Kleiderschrank M. 50.—
 Höhe 210 cm, Breite 140 cm, Tiefe 55 cm.

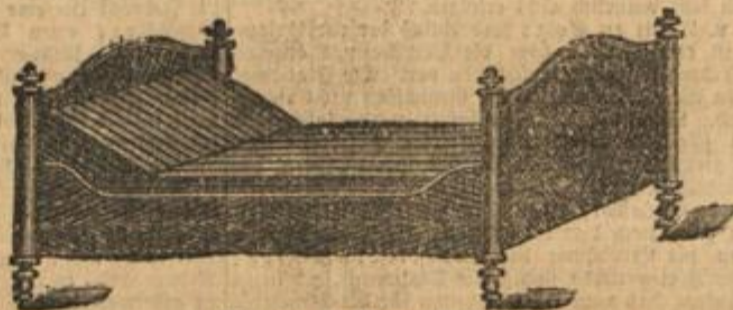
Ausstattung

für

414 Mk.



No. 249. 6 Stühle
 à M. 6.50.



No. 249. 1 Bettstelle M. 51.—
 Länge 199 cm, Breite 98 cm, Höhe 96 cm.



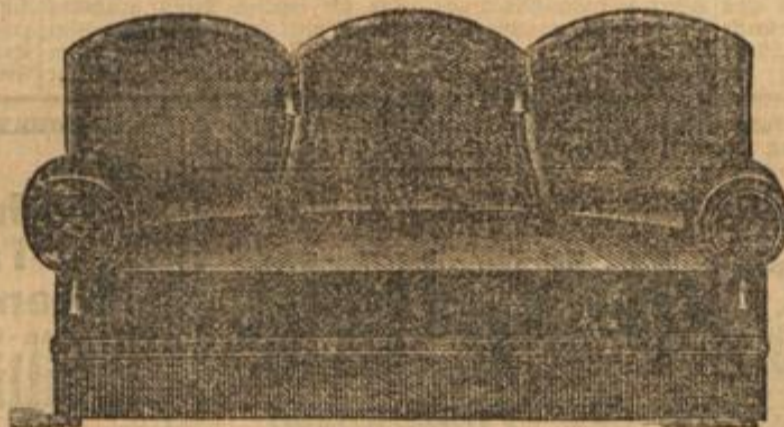
No. 252. 1 Küchenstuhl
 mit Trittleiter
 M. 7.50.

- Mark
- No. 242. 1 nussbaum elegant, Kleiderschrank mit Muschelaufsatz, gestochenen Pilastern und cuivre-poli Beschlag 50,—
 - „ 243. 1 nussb. Vertikow, wie vorstehend mit eleganter Säulen-Etagère 50,—
 - „ 244. 1 elegant, Familiendivan mit ausziehbarem Sitz, sehr gutem Polster und pr. Gobelinbezug . 60,—
 - „ 245. 1 nussb. eleganter Spiegel. Muschelaufsatz und feinem weissen Glase . . . 25,50
 - „ 246. 1 nussb. eleganter Spiegelschrank mit cuivre-poli Beschl. 25,—
 - „ 247. 1 eleg. Sophtisch mit viereckig. Blatt u. Stegverbindung 20,—
 - „ 248. 6 starke geschweift. Rohrsthle 39,—
 - „ 249. 2 nussb. starke Bettstellen mit Sprungfederböden u. Keilkissen mit rothem starken Drellbezug 102,—
 - „ 250. 1 Küchenspind mit Glas-Scheiben und Muschelaufsatz . . 23,—
 - „ 251. 1 Küchentisch . . . 7,50
 - „ 252. 1 Küchenstuhl mit Trittleiter 7,50
 - „ 253. 1 Küchenrahmen . 5,—
- Mark 414,—

Jedes Stück ist zu gleichen Preisen einzeln verkäuflich.



No. 255. 1 Küchenrahmen
 M. 5.—
 mit Rückwand und Kasten.



No. 244. 1 Divan M. 60.—. Höhe 105 cm, Lg. 200 cm, Tiefe 75 cm.

Jede gewünschte Garantie!

Verkauf im Fabrikgebäude Hof geradezu.



No. 250. 1 Küchenspind mit Muschelaufsatz M. 23.—

Fabrik:
 Reichenberger
 Strasse No. 47.

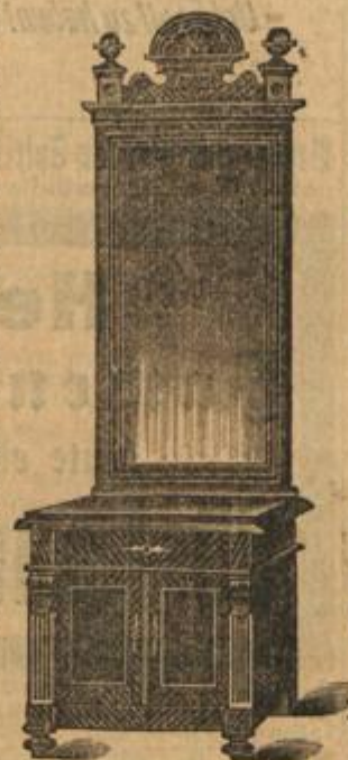


No. 251. 1 Küchentisch M. 7.50
 Höhe 78 cm, Breite 86 cm, Tiefe 53 cm.

Vom
 1. April 1895
 Grüner Weg
 No. 117.

Eigene Werkstätten!
Keine Scheinwerkstätten!

No. 245. 1 Spiegel M. 25.—. Höhe 150 cm, Breite 60 cm.



No. 246. 1 Spiegelschr. M. 25.—
 H. 80 cm, Brt. 83 cm, Tiefe 40 cm.

Kein Laden!
 Verkauf
 im Fabrik-Gebäude.
Hof geradezu.

**Sorgfältige
 und aufmerksame
 Bedienung.**

Bürgerliche Wohnungseinrichtungen von 300-5000 Mark.